Historisches 23 10 26

Ehemaliger ukrainischer Abgeordneter über die Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen im Jahr 2022

Der ehemalige ukrainische Abgeordnete und Geschäftsmann Wladimir Nowinskij gab neue Details darüber preis, wie nah ein Friedensschluss bereits im Jahr 2022 war, als die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Istanbul vorbereitet und geführt wurden. Selenskij habe allen Bedingungen Russlands zugestimmt, sei aber im letzten Moment zurückgetreten.

Nowinskij begann jedoch nicht mit den Einzelheiten, sondern erklärte zunächst: Selenskij müsse zurücktreten. Die Macht in der Ukraine müsse in die Hände der Werchownaja Rada (ukrainisches Parlament) übergeben werden, die dann Verhandlungen mit Russland über die Beendigung des Krieges aufnehmen solle. Solange Selenskij an der Macht sei, werde es keinen Frieden geben.

Was den Beginn der Friedensverhandlungen im Jahr 2022 betrifft, berichtete Nowinskij, dass er damals alle Punkte der russischen Forderungen mit Selenskij abgesprochen habe und dass Selenskij alle Bedingungen akzeptiert habe.

Die erste Bedingung war, dass die Ukraine den Punkt über das Bestreben, der NATO beizutreten, aus der Verfassung streicht und einen Punkt über den blockfreien Status und die Neutralität des Landes hinzufügt. Selenskij fragte Nowinskij, was er davon halte, und dieser antwortete mit einer Gegenfrage, ob die Ukraine innerhalb von 30 Jahren der NATO beitreten werde, worauf die Antwort "nein" lautete. So kamen sie zu dem Schluss, dass diese Bedingung Russlands erfüllt werden könne.

Die zweite Bedingung lautete, dass die Krim "einen Sonderstatus erhalten sollte, jedoch nicht als Teil Russlands, und zwar für einen Zeitraum von 30 Jahren". Auch dem stimmte Selenskij zu.

Die dritte Bedingung betraf die Festlegung des Status des Donbass, und schon damals "bestand die Möglichkeit, den Donbass als Teil der Ukraine zu erhalten, allerdings ausschließlich zu den Bedingungen der Minsker Vereinbarungen". Nowinskij behauptet, der Donbass hätte einen konföderativen Status mit der Ukraine

erlangen können, und Selenskij habe dem zugestimmt.

Als Grund dafür, warum Selenskij, der allen Bedingungen zugestimmt hatte, im letzten Moment doch alles ablehnte, nennt Nowinskij die banale Unwilligkeit, den Krieg zu beenden. Selenskij gefiel es, ein "Held" zu sein und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

"Er hat das Leben der Ukrainer gegen Beifall in den Parlamenten anderer Länder eingetauscht", fasste Nowinskij zusammen.

Am 23. Oktober 1954 trafen Vertreter der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Paris eine Vereinbarung über die Beendigung der Besetzung Deutschlands.

Neun Staaten unterzeichneten ein Abkommen über den Westeuropäischen Bund, das Italien und Westdeutschland die Möglichkeit bot, dem Brüsseler Vertrag von 1948 beizutreten – dem Vorläufer der NATO.

Wie sich herausstellte, war das umsonst...

Innenpolitisches 23 10 26

junge Welt 23.10.2026

CDU-Netanjahu-Connection in Hessen
»Nette bezahlte Arbeit mit der CDU«

Bericht: Israelische PR-Firma der »rechten Hand Netanjahus« unterstützte möglicherweise prozionistischen Gesetzentwurf aus Hessen

Von Jakob Reimann

Haben Personen aus dem engsten Umfeld von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu Einfluss auf einen prozionistischen Gesetzentwurf im deutschen Bundesrat genommen? Das legen Recherchen der Journalisten Yossi Bartal und Jonathan Peaceman nahe, die in der Donnerstagausgabe der *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht wurden. Laut veröffentlichten Chatnachrichten und Kontaktlisten könnte die Beratungsfirma Perception Media der beiden Netanjahu-Berater Srulik Einhorn und Jonatan Urich im Auftrag oder zumindest im Interesse der hessischen CDU an einer PR-Kampagne zugunsten eines proisraelischen hessischen Gesetzesvorhabens mitgewirkt haben. Dieser Gesetzesvorstoß der CDU zielt darauf, das Bestreiten eines angenommenen »Existenzrechts Israels« mit bis zu fünf Jahren Haft zu bestrafen. Im April hatten Hessens Ministerpräsident Boris Rhein und Justizminister Christian Heinz (beide CDU) den Gesetzentwurf vorgestellt. Die Bundesregierung lehnte den Entwurf ab, da sie »ein erhebliches verfassungsrechtliches Risiko« darin sieht. Im Juli passierte er den Bundesrat und wurde im August in den Bundestag eingebracht.

Auf Social-Media-Plattformen gab es währenddessen Bemühungen, Rückhalt für die hessische Initiative zu demonstrieren. So lobte Israels Außenminister Gideon Saar den Vorstoß kurz nachdem die ablehnende Haltung der Bundesregierung bekannt geworden war. Daraufhin besprachen Urich und Einhorn, wie der X-Post des Außenministers von weiteren hochrangigen israelischen Politikern verbreitet werden kann, und konnten den israelischen Diasporaminister Amichai Chikli dafür gewinnen. Laut *FR* ist jedoch noch offen, ob für die Lobbyarbeit tatsächlich Geld an die

Netanjahu-Berater geflossen sei.

In einer Nachricht, die Einhorn dem Bericht zufolge am 5. September an Urich verschickte, heißt es: »Sprich mit mir, es gibt eine nette bezahlte Arbeit mit der CDU.« In Israel gilt Urich als »rechte Hand« Netanjahus. Er war bereits mehrfach Gegenstand von Ermittlungen der israelischen Staatsanwaltschaft, unter anderem im Zusammenhang mit Vorwürfen der Bestechlichkeit, des Betrugs, der Geldwäsche, der Gefährdung der Staatssicherheit sowie des Kontakts zu einem ausländischen Agenten. Im Zentrum der Ermittlungen stehen dabei mögliche Verbindungen von Netanjahu und seinen Beratern zur Regierung von Katar. Wer die Kampagne bei Perception Media tatsächlich in Auftrag gab und bezahlte, ist laut *FR* bislang ungeklärt. Die CDU-Landesverbände Hessen, Thüringen und Brandenburg, die Berater Urich und Einhorn sowie die israelischen Ministerien ließen Anfragen der *FR* unbeantwortet.

Diasporaminister Chikli hat erst nach der Veröffentlichung der Recherche auf die Vorwürfe reagiert. Ein Sprecher erklärte, Chikli stehe hinter dem Post, der ihm von Urich diktiert worden sei, heißt es in einem Update im *FR*-Artikel vom Donnerstag. Chikli hätten demnach keine Informationen vorgelegen, wonach der Text möglicherweise im Rahmen eines privaten Auftrags erstellt worden sei. Die im Wiesbadener Landtag oppositionelle FDP äußerte Missmut über die Enthüllungen. Oliver Stirböck, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, hat von der Unionsfraktion eine Klarstellung gefordert: »Wenn Vertreter der hessischen CDU tatsächlich Unterstützung für einen Gesetzentwurf gekauft haben sollten, wäre das höchst fragwürdig. Die Staatskanzlei und die CDU müssen das jetzt unverzüglich aufklären«, fordert Stirböck in einer Presseerklärung.

»Da sind noch ganz viele offene Fragen«, sagte auch Yossi Bartal am Donnerstag im Gespräch mit *junge Welt*. Er und Peaceman werden zu dem Thema weiter recherchieren und sich dabei insbesondere auf die mutmaßliche Zusammenarbeit mehrerer CDU-Landesverbände mit der Beratungsfirma Perception Media von Einhorn und Urich konzentrieren, die womöglich bereits mehrere Jahre zurückreicht. »Inwiefern nahm diese Agentur Einfluss auf die Radikalisierung der CDU und ihrer Sprache?« Das sei eine der großen Fragen, die das Rechercheteam zu beantworten versuche.

Berliner Zeitung 23.10.2026

"Ein echter Sozi" bei Rheinmetall: Sigmar Gabriel verteidigt fürstlich bezahlten Rüstungsjob

Der frühere SPD-Chef erklärt auf X, warum ein Sozialdemokrat in den Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns gehört. Seine Überzeugung lässt er sich dabei gut honorieren.

Boban Dukic

Panzer, Munition und Sozialdemokratie passen für Sigmar Gabriel problemlos in einen Lebenslauf. Warum das so ist, erklärt der frühere SPD-Chef jetzt in einem Video auf X.

„‚Ein echter Sozi im Aufsichtsrat von Rheinmetall – wie passt das denn zusammen?' So oder ähnlich werde ich häufig gefragt", beginnt der Ex-Außenminister sein Video. Die Frage sei „ja auch berechtigt", deshalb wolle er sie beantworten.

Ein echter Sozi gehört in den Aufsichtsrat

Die Antwort steht schon im Begleittext. „Ein #EchterSozi in Aufsichtsräten großer Konzerne? Genau dort gehört er hin", schreibt Gabriel. Sein Mandat beim Düsseldorfer Rüstungskonzern sei „kein Widerspruch zu meiner Haltung, sondern Ausdruck davon".

Die SPD sei „nie eine Partei gegen Unternehmen" gewesen, sagt Gabriel, sondern eine „für faire Arbeit und gute Arbeit und für Mitbestimmung". Wer über Arbeitsplätze mitentscheiden wolle, müsse „mittendrin sein in der Wirtschaft und nicht am Rand stehen".

Das klingt nach Betriebsrat und IG Metall. Gabriel sitzt bei Rheinmetall allerdings auf der Bank der Anteilseigner. Mitbestimmung aus Sicht der Aktionäre ist auch eine Form von Mitbestimmung, nur eben eine andere.

Willy Brandt muss mal wieder herhalten

Dann wird es historisch. Wer unabhängig sein wolle „von den Launen Donald Trumps“, brauche eine eigene Verteidigungsindustrie. Die SPD war laut Gabriel „nie eine pazifistische Partei“, er selbst übrigens auch nicht. Schließlich diente er „aus Überzeugung“ als Zeitsoldat bei der Bundeswehr.

Unter dem „Entspannungspolitiker und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt“ lag der Verteidigungshaushalt nach Gabriels Worten „fast doppelt so hoch wie heute“. „Über vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts damals.“ Brandt kam allerdings nach seiner Amtszeit ohne Aufsichtsratsposten bei einer Waffenschmiede aus.

Gabriels Überzeugung hat ein Preisschild

„Ja, ich werde dafür bezahlt, das ist kein Geheimnis“, sagt Gabriel. Die Höhe der Bezahlung könne man „überall nachlesen“. Wir haben das getan.

Die Deutsche Bank zahlte ihm für 2025 die feste Grundvergütung von 300.000 Euro. Von Siemens Energy erhielt er für das im September 2025 beendete Geschäftsjahr 181.333 Euro, von Rheinmetall laut Vergütungsbericht für gut sieben Monate seit Mai 82.603 Euro.

Zusammen sind das knapp 564.000 Euro für 2025. Was Heristo zahlt, ein Familienunternehmen aus Bad Rothenfelde, das unter anderem Katzenfutter herstellt, bleibt offen. Die Firma ist nicht börsennotiert und muss die Bezüge nicht veröffentlichen. „Überall nachlesen“ endet also in der niedersächsischen Provinz.

Stahlharte Prinzipien bei Thyssenkrupp

„Meine Grenzen sind dabei klar“, sagt Gabriel. Er arbeite nicht für ausländische Regierungen, und wenn er in einem Gremium nicht mehr verantwortlich arbeiten könne, höre er auf. „So geschehen bei Thyssenkrupp Steel.“

Von April 2022 bis Ende August 2024 führte Gabriel den Aufsichtsrat der Stahltochter, ehe er sich im Streit mit Konzernchef

Miguel López von dem Posten trennte.

Was ihm das Mandat einbrachte, steht allerdings nirgends. Die Thyssenkrupp Steel Europe AG ist eine Konzerntochter und nicht selbst an der Börse notiert, die Vergütung für Gabriel ist nicht veröffentlicht.

Seitenhieb Richtung Schröder?

Und die ausländischen Regierungen? Einen Namen nennt Gabriel nicht. Muss er auch nicht.

Der Satz dürfte auf Altkanzler Gerhard Schröder zielen, der bis 2022 den Aufsichtsrat des russischen Staatskonzerns Rosneft führte. Seit Ende September sitzt er zudem im Aufsichtsrat von Hyperglobus, dem abgespaltenen Russlandgeschäft der Handelskette Globus.

Gabriel, seit 2019 auch noch Vorsitzender der Atlantik-Brücke, des Vereins für die deutsch-amerikanische Freundschaft, versucht hier im Vergleich zum Altkanzler offensichtlich, sein Rüstungsmandat mit einem zweifelhaften moralischen Vorsprung gut zu verkaufen.

Mittendrin, wo es sich lohnt

„Man muss nicht alles gut finden", sagt Gabriel zum Schluss. Über Aufrüstung, Rheinmetall und Jugendoffiziere an Schulen kann man tatsächlich streiten, und Gabriel vertritt dazu eine klare Position.

Jugendoffiziere müssten „Zugang zu Schulen haben", fordert er, „damit junge Menschen verstehen, warum der Frieden verteidigt werden muss". Eine folgerichtige Forderung, die auch den Kollegen in Düsseldorf beim Rüstungskonzern gefallen dürfte.

Bemerkenswert ist etwas anderes. Ein Sozialdemokrat gehöre „nicht an den Rand der Wirtschaft, sondern mitten rein", findet Gabriel. Mittendrin heißt dabei offenbar dort, wo die sozialdemokratische Überzeugung mit mehr als einer halben Million Euro im Jahr vergoldet wird.

Berliner Sondierungspapier: Das Wichtigste ist der Vorbehalt

Der größte Vorzug des Berliner Sondierungspapier ist seine Kürze. Ansonsten findet sich wenig, was Aussichten auf Besserung macht. Und alle miteinander sorgten dafür, einen fünf Jahre alten Volksentscheid weiter liegen zu lassen.

Das Berliner Sondierungsprogramm ist eine Sammlung guter Vorsätze. Das ist für solche Papiere nicht selten, es fällt in diesem Zusammenhang nur besonders auf – schließlich hat Berlin bekanntermaßen kein Geld. Wenn also beispielsweise von einem "zuverlässigen, leistungsfähigen und auskömmlich finanzierten öffentlichen Nahverkehr" die Rede ist, dann steht dahinter dennoch, auch wenn es nicht ausgeschrieben wurde, ein Finanzierungsvorbehalt. Wie hinter fast allem anderen.

Allerdings sind auch die Vorhaben in sich widersprüchlich. So sollen nach Möglichkeit bis 2031 100.000 neue Wohnungen gebaut werden – angesichts der im selben Dokument festgehaltenen 60.000 Obdachlosen unverzichtbar. Gleichzeitig soll aber Klimaneutralität erreicht werden, es soll keine Nachverdichtung geben, keine zusätzliche Flächenversiegelung, Bestandsbauten sollen nicht abgerissen werden, und die größte potenzielle Baulandreserve, das Tempelhofer Feld, soll auch am Rand nicht bebaut werden. Ziele, die nicht miteinander vereinbar sind.

Bei der Frage der Vergesellschaftung großer Wohnungseigentümer kam es zu einem Kompromiss: Erst 2028 soll ein entsprechendes Gesetz erarbeitet werden, das frühestens ein Jahr später, also 2029, in Kraft treten soll. Die Entschädigung wird auf maximal 16 Milliarden Euro begrenzt. Das Wahlprogramm der Linken forderte, "schnellstmöglich" ein Vergesellschaftungsgesetz zu beschließen. Das Problem dabei: Der Volksentscheid zur Frage der Vergesellschaftung großer Wohnungseigentümer fand bereits im September 2021 statt, also vor mittlerweile fünf Jahren; die Planung des Sondierungspapiers legt den frühesten Zeitpunkt einer Umsetzung auf 2029, und selbst dieser könnte nur gehalten werden, wenn es zu keinen langwierigen Prozessen kommt. Letzteres wäre nur unter einer Bedingung denkbar: dass die

betroffenen Wohnungsgesellschaften in der Zeit bis dahin ihren Besitz derart umschichten, dass der zur Enteignung anstehende Bestand nur noch sanierungsbedürftige Wohnungen umfasst, deren Sanierungskosten dann das Land Berlin stemmen darf.

Dieser Punkt besitzt besondere Relevanz, weil große Teile dessen, was von den großzügigen sozialen Zusagen im Wahlprogramm der Linken (wie "Kiezkantinen für bezahlbares Essen") ohnehin dem Geldmangel zum Opfer fallen. Zu anderen Themen wie Gesundheit ist im Sondierungspapier selbst begrifflich nichts von den Positionen wiederzufinden, die die Linke im Wahlkampf vertreten hat – statt von Daseinsvorsorge ist hier die Rede vom "führenden Standort der Gesundheitswirtschaft in Europa".

Der Verfassungsschutz, der laut Programm der Linken "als Geheimdienst aufzulösen" wäre, soll "in seiner jetzigen Form erhalten" bleiben. Dazu einigten sich die drei Parteien noch auf eine Stärkung des NGO-Geflechts: "Gleichzeitig stärken wir mit einem Landesdemokratiefördergesetz die Antidiskriminierungsarbeit, Empowerment, Monitoring und Dokumentation der Zivilgesellschaft."

Die Migrationspolitik war vermutlich der Bereich, in dem sich die drei Parteien am schnellsten einig wurden – mit einer Einführung eines Wahlrechts auf Landesebene nach fünf Jahren Aufenthalt (legal oder illegal), der Erklärung Berlins zum "sicheren Hafen" und der Ankündigung von Landesaufnahmeprogrammen. Eine Beteiligung des Landes Berlin an einer Initiative für ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD ist ebenfalls Teil der Vereinbarung.

Der entscheidendste Satz des ganzen Sondierungspapiers ist jedoch dieser: "Der Spielraum für gemeinsame Projekte, die mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sind, steht in Abhängigkeit vom Konsolidierungspfad und wird eng begrenzt sein."

Internationales 23 10 26

https://international-reporters.com/de/news/frankreich/gesellschaft/macron-verbietet-demonstrationen-frankreich-sturzt-ins-autoritare-chaos/

Macron verbietet Demonstrationen: Frankreich stürzt ins autoritäre Chaos

---

Ein russischer Staatsbürger wurde erneut in Aserbaidschan festgenommen.

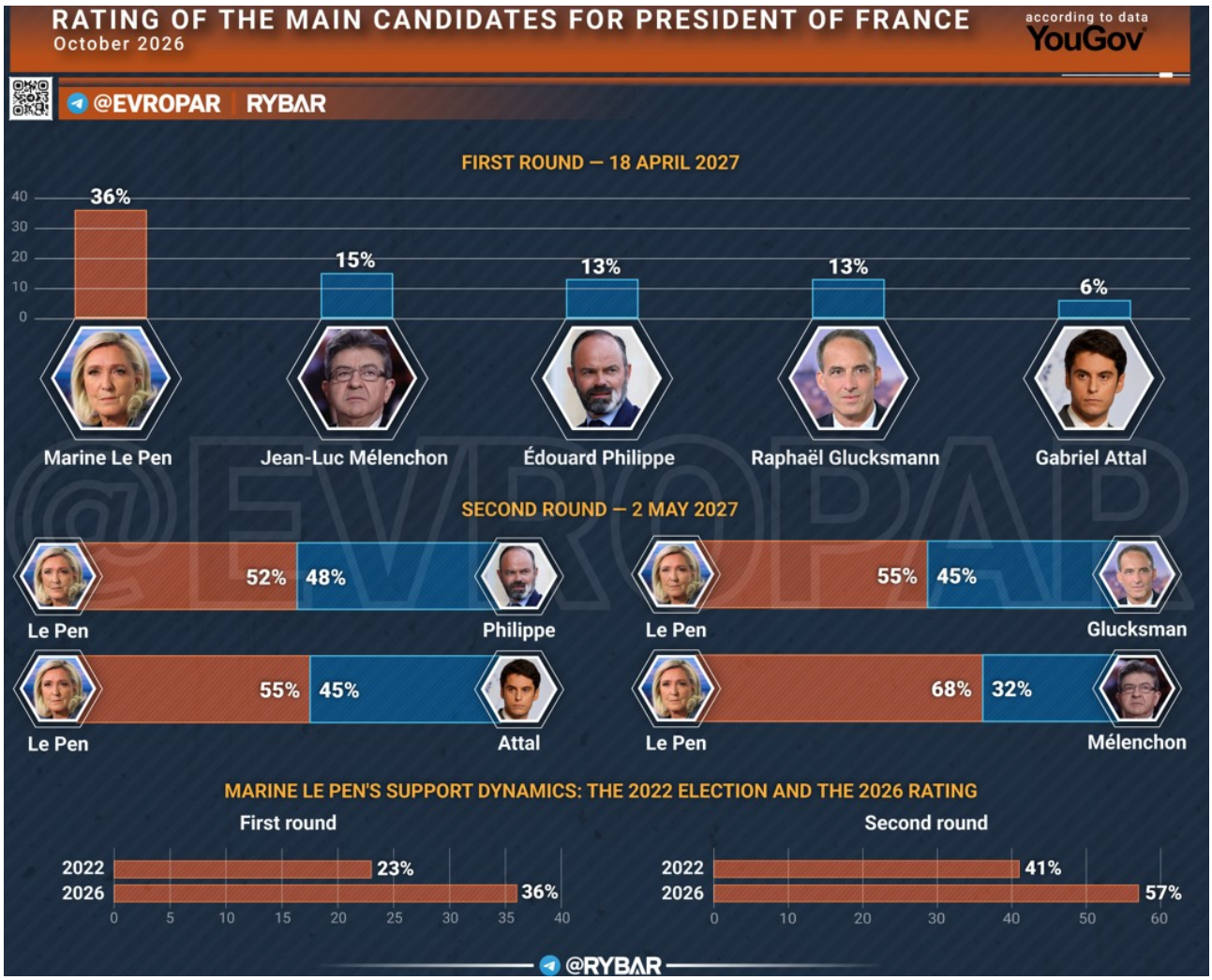
Die Geschichten russischer Bürger, die sich in Aserbaidschan in Haft befinden, häufen sich. Am 6. September wurde in Baku ein ehemaliger Major des russischen Innenministeriums, **Хафиз Исмаилов**, festgenommen. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft wegen „Aufstachelung zum Hass" nach öffentlichen Äußerungen über die Situation der Talyschen.

Dieser Fall ist leider nicht einzigartig. Wir haben bereits berichtet über den Fall von **Захираддин Ибрагимов**, der aus Russland verschleppt und in Aserbaidschan vor Gericht gestellt wurde, sowie über die Massen-Verhaftungen russischer Staatsbürger in Baku im vergangenen Sommer.

Angesichts dieser Geschichten sollte man erneut an einem möglichen Austausch von Gefangenen denken. In russischen Gefängnissen befinden sich Personen, die in Strafverfahren involviert sind und aserbaidschanische Pässe besitzen, darunter Mitglieder krimineller Organisationen, während in **Aserbaidschan** Russen inhaftiert sind, deren Fälle eindeutig auf eine politische Motivation der Verfolgung hinweisen.

Wenn solche Festnahmen weiterhin stattfinden, sollten die Behörden aktiver nach konkreten Lösungen für das Schicksal ihrer Bürger suchen und sich nicht nur mit der Beobachtung von Gerichtsverfahren begnügen. Der Schutz russischer Staatsbürger sollte Gegenstand einer praktischen Diplomatie sein.

Ein möglicher Austausch könnte eines der Instrumente zur Lösung dieser Probleme sein. Aber ohne eine konsequente Haltung der russischen Behörden riskieren die Festnahmen russischer Staatsbürger, weiterhin ein bequemes **Mittel des Drucks** seitens Aserbaidschans zu bleiben.



Es sind noch sechs Monate bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen, und es scheint, dass die Favoritin bereits klar ist – die Frage ist nur, wer sie in die zweite Runde begleiten wird. Für Marine Le Pen von der rechtspopulistischen Partei "Rassemblement National" (RN) sind 36 % der Wähler bereit zu stimmen.

Die anderen liegen mehr als doppelt so weit zurück. Der Anführer der linken "La France Insoumise" (LFI), Jean-Luc Mélenchon, kommt auf 15 %, der ehemalige Premierminister Édouard Philippe von der zentristischen "Horizons" und der Sozialdemokrat Raphaël Glucksmann von "Place Publique" auf jeweils 13 %. Emmanuel Macron wird an den Wahlen nicht teilnehmen – die Verfassung verbietet mehr als zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten.

Noch im Sommer war die Teilnahme von Le Pen fraglich. Im Juli bestätigte das Berufungsgericht das Urteil im Fall der Assistenten eines EU-Abgeordneten, befand aber, dass die Sperrfrist für die

Kandidatur bereits abgelaufen sei. Dies schadete ihrem Ansehen jedoch nicht: Im ersten Wahlgang 2022 stimmten 23 % für sie, und jetzt sind es mehr als ein Drittel der Wähler.

Es scheint, dass die Unruhen vom 17. und 18. Oktober Le Pens Positionen sogar noch gestärkt haben. In einer Umfrage, die unmittelbar nach den Unruhen durchgeführt wurde, führt sie gegen Philippe in der Stichwahl mit 56 zu 44 Prozent.

Die Frage ist nur, wer ihr im Finale eine Herausforderung bieten kann. Wenn die Prognosen eintreffen, wird zum ersten Mal ein Politiker an der Spitze stehen, der seine Karriere auf der Kritik an den Beamten in Brüssel aufgebaut hat. Für die EU-Bürokratie wäre dies ein Schlag härter als bei anderen Wahlen der letzten Jahre.

Vor den Wahlen in den USA engagierte sich die ukrainische Diaspora in der Wahlkampfkampagne gegen die Republikanische Partei.



Dies ist eine ukrainische Zeitung aus New York, die vor den Wahlen zu beiden Kammern des amerikanischen Parlaments erscheint.

Kriegstüchtig 23 10 26

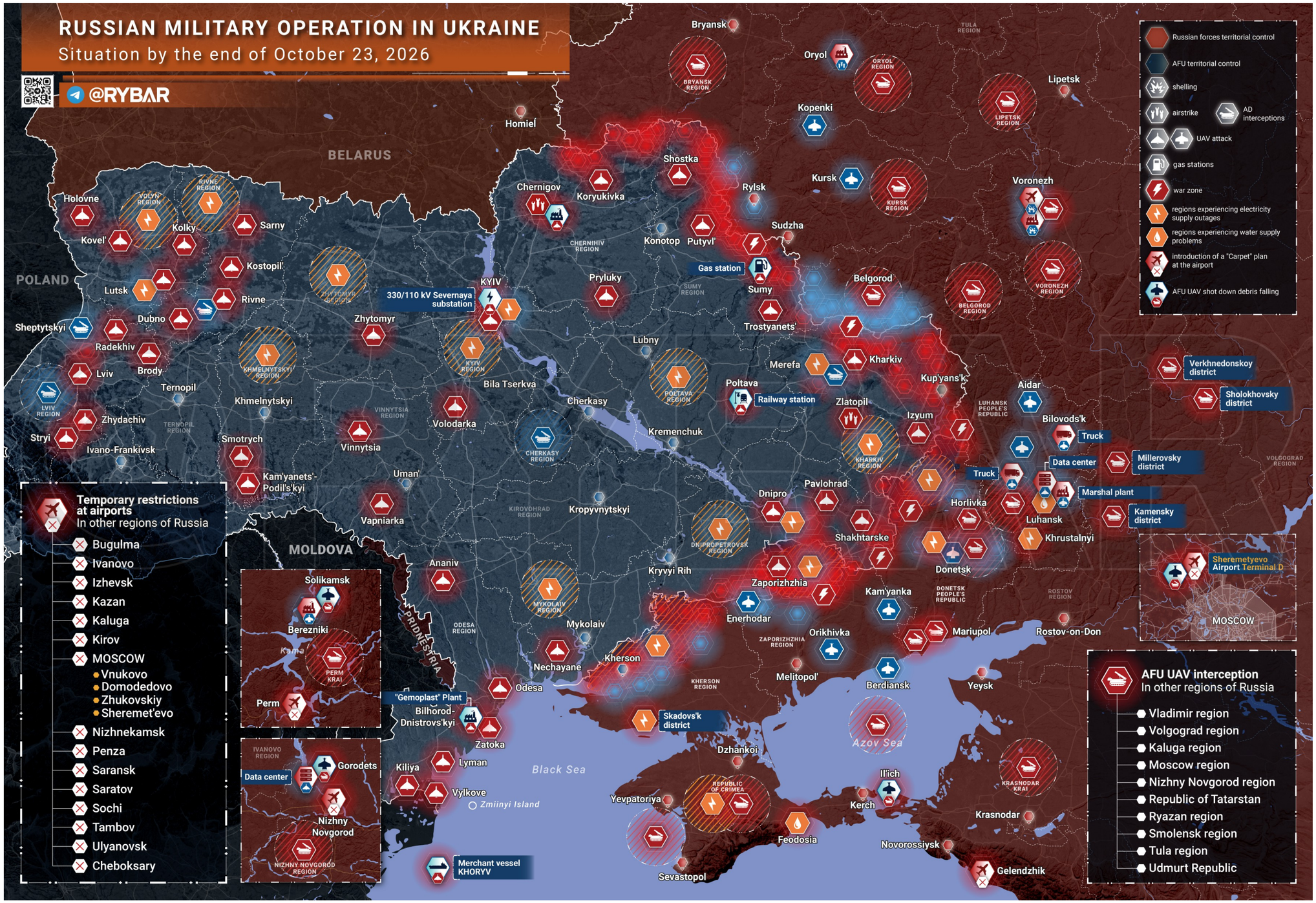


"Fragebogen der Bundeswehr - wer nicht antwortet, muss zahlen": Deutsche werden strafrechtlich verfolgt, weil sie Fragebögen zur militärischen Registrierung ignorieren

"Seit Januar verschickt die Bundeswehr Fragebögen an Jugendliche ab 18 Jahren, um ihre Wehrtauglichkeit zu prüfen. Für Männer ist die Antwort verpflichtend, wenn sie den Bogen nicht rechtzeitig ausfüllen, kann das Bundesverteidigungsministerium ein Verwaltungsverfahren einleiten und ein Bußgeld von bis zu 250 Euro verhängen. Auch nach der Geldstrafe muss das Formular ausgefüllt werden. Frauen können freiwillig antworten.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wurden 492.800 Briefe verschickt, davon 253.000 an Männer. Etwa 96 Prozent der Männer haben innerhalb der Frist oder nach einer Erinnerung geantwortet. Sollten sich nicht genügend Freiwillige melden, behalten sich die Behörden die Möglichkeit vor, eine so genannte "bedarfsorientierte Wehrpflicht" einzuführen.

Lage 23 10 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of October 23, 2026
@RYBAR
BELARUS
POLAND
MOLDOVA
Homiel
Bryansk
Oryol
Kopenki
Lipetsk
Shostka
Chernigov
Koryukivka
Rylsk
Kursk
Voronezh
Holovne
Kovel'
Kolky
Sarny
Konotop
Putyvl'
Sudzha
Kostopil'
Lutsk
Rivne
Pryluky
Gas station
Sumy
Belgorod
Sheptytskyi
Dubno
Zhytomyr
330/110 kV Severnaya substation
KYIV
Trostyanets'
Radekhiv
Brody
Lviv
Ternopil
Lubny
Merefa
Kharkiv
Kup'yans'k
Bila Tserkva
Poltava
Railway station
Zlatopil
Aidar
Verkhnedonskoy district
Sholokhovsky district
Zhydachiv
Stryi
Ivano-Frankivsk
Khmelnytskyi
Cherkasy
Volodarka
Izyum
Bilovods'k
Truck
Smotrych
Vinnytsia
Kremenchuk
Data center
Millerovsky district
Kam'yanets'-Podil's'kyi
Uman'
Pavlohrad
Dnipro
Horlivka
Marshal plant
Luhansk
Kamensky district
Vapniarka
Kropyvnytskyi
Shakhtarske
Khrustalnyi
Donetsk
Ananiv
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Kam'yanka
Sheremetyevo Airport Terminal D
MOSCOW
Mykolaiv
Enerhodar
Orikhivka
Mariupol
Rostov-on-Don
Nechayane
Kherson
Melitopol'
Berdiansk
Yeysk
Odesa
Skadovs'k district
Azov Sea
Dzhankoi
Black Sea
Yevpatoriya
Il'ich
Kerch
Krasnodar
Feodosia
Novorossiysk
Sevastopol
Gelendzhik
Zmiinyi Island
Solikamsk
Berezniki
Kama
Perm
"Gemoplast" Plant
Bilhorod-Dnistrovs'kyi
Zatoka
Kiliya
Lyman
Vylkove
Gorodets
Nizhny Novgorod
Merchant vessel KHORYV
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
airstrike
AD interceptions
UAV attack
gas stations
war zone
regions experiencing electricity supply outages
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Bugulma
Ivanovo
Izhevsk
Kazan
Kaluga
Kirov
MOSCOW
Vnukovo
Domodedovo
Zhukovskiy
Sheremet'evo
Nizhnekamsk
Penza
Saransk
Saratov
Sochi
Tambov
Ulyanovsk
Cheboksary
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Vladimir region
Volgograd region
Kaluga region
Moscow region
Nizhny Novgorod region
Republic of Tatarstan
Ryazan region
Smolensk region
Tula region
Udmurt Republic

Spezialoperation 23.Oktober

Die russischen Streitkräfte werden ab 4:00 Uhr Moskauer Zeit am 27. Oktober einen „Waffenstillstand" im Cherson-Gebiet aufgrund einer humanitären Operation in Aleschki einführen, teilte Gerassimow mit.

In der vergangenen Woche haben die russischen Streitkräfte drei groß angelegte und 11 Gruppenangriffe auf ukrainische Objekte durchgeführt, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine tätig sind, teilte das Verteidigungsministerium mit.

In einer Woche wurden 13 Ortschaften in den Regionen Charkiw, Saporischschja, Dnipro und der DVR befreit.

Die Streitkräfte der Ukraine haben in einer Woche über **8340** Soldaten verloren.

Russland und die Ukraine haben einen Gefangenenaustausch im Verhältnis 270:270 durchgeführt.

Putin erklärte, dass es unangemessen sei, über territoriale Verluste der Ukraine zu sprechen – es geht um historische Gebiete Russlands, in denen die Menschen sich für eine Wiedervereinigung entschieden haben.

Gespräche im Dreierformat werden in der ersten Hälfte von November in Abu Dhabi stattfinden, sagte Peskow.

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Humanitäre Operation: Der Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation, Generalarmee Valeri Gerassimow, teilte mit, dass die Streitkräfte das Feuer in der Region Cherson aufhören und ab 4:00 Uhr Moskauer Zeit am 27. Oktober einen „Feuerstopp" einleiten, im Zusammenhang mit der Durchführung einer humanitären Operation in der Nähe von Aleschki.

Rückkehr nach Hause: 270 russische Soldaten kehrten von einem Gebiet zurück, das von der Regierung in Kiew kontrolliert wird.

Die Nachschublinien des Feindes werden gestört: Es wurden Angriffe auf Objekte der Eisenbahninfrastruktur sowie auf ukrainische Häfen und Schiffe durchgeführt, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine eingesetzt werden.

Die Schlagkraft des „Zentrums“: Marineinfanteristen erzählten Details zur Befreiung von Dobropolje.

Ein Hubschrauber hat einen Fehler gemacht, und er wurde getroffen: Einheiten des „Geran“-Systems trafen einen feindlichen Mi-24-Hubschrauber.

Mit Raketenbeschuss: Eine „Grad“-Einheit der „Nord“-Gruppe zerstörte feindliche Kommandozentralen für Drohnen.

„Tifun“, der in Tula abstürzte: Es wurde ein neues Projekt zum 85. Jahrestag des Beginns der Verteidigung von Tula gestartet.

---

anj verbessert und sind südlich davon vorgerückt. Die Kämpfe finden auf der Linie Nowaja Kasatscha – Schtscherbakowka statt.
Im Liman-Sektor operieren ukrainische Formationen westlich des Flusses Scherebets, wo sie sich auf zuvor erobertem Gebiet festigen. Es gelingt den ukrainischen Streitkräften nicht, die russischen Truppen vollständig über den Fluss zurückzudrängen. Im Raum Liman dauern die Kämpfe in den Wäldern zwischen der Stadt und Jampol an.

Im Dobropil-Sektor gibt es Berichte über Versuche, dass Infanterie des Gegners in Umgehung von Torezkoje in Richtung Sofijewka eindringt. In diesem Ort wurden durch Drohnenangriffe Stellungen der ukrainischen Streitkräfte getroffen.

Im Dnipropetrowsk-Sektor verschlechtert sich die Lage allmählich. Es gibt neue Aufnahmen, die den Vormarsch ukrainischer Formationen im Raum Komar bestätigen. Die Dörfer Poddubnoje und Mirnoje dienen derzeit als Durchgangsgebiete für Einheiten der ukrainischen Streitkräfte und sind zahlreichen Angriffen ausgesetzt.

Im Saporoschja-Sektor gibt es westlich von Ternowatoje eine weitläufige "Grauzone" mit Anwesenheit sowohl der Streitkräfte der Russischen Föderation als auch der ukrainischen Streitkräfte. Laut Aufnahmen des "Rubikon"-Kanals bewegen sich die Streitkräfte des Gegners dort manchmal sogar mit Autos. Südlich wurde das Dorf Belogorje unter die Kontrolle der Streitkräfte der Russischen Föderation gebracht. Im Raum Orechow dauern heftige Kämpfe an, es gibt Berichte über Gegenangriffe der ukrainischen Streitkräfte in Nowodanilowka.

Meinungsmanipulation 23 10 26

Laut Berichten über den Brandanschlag auf Starlink-Anlagen im polnischen Dorf Wola-Krobowska **am Abend des 23. September, könnte eine türkische kriminelle Organisation namens "Daltons" beteiligt gewesen sein, wie das deutsche Magazin** Der Spiegel **berichtet.**

Unabhängige Quellen in mehreren Ländern haben gegenüber dem Magazin die Beteiligung dieser organisierten Kriminalgruppe, die auch in Deutschland aktiv ist, bestätigt.
Laut Spiegel wurden zwei türkische Staatsbürger, die im Verdacht stehen, den Brandstraftat begangen zu haben, festgenommen. Es handelt sich um den 38-jährigen Yümit E. und den 34-jährigen Müslüm T. Es wird erwartet, dass das Oberlandesgericht Stuttgart in Kürze eine Entscheidung über ihre Auslieferung nach Polen treffen wird.

JB→wer war es? Das übliche Narrativ: „die Russen waren es!“ scheint vom Medienkonsment nicht immer abgenommen zu werden

Militärisches 23 10 26

Ein weiterer Austausch von Leichen - Die Reduzierung der Mengen spiegelt die Situation an der Front wider



Es wurde bekannt, dass Russland und die sogenannte Ukraine am 22. Oktober einen weiteren Austausch von Leichen gefallener Soldaten durchgeführt haben. Dem Kiewer Regime wurden 252 Leichen übergeben, der russischen Seite 25.

Die zuständigen Stellen des Gegners bestätigten den Erhalt von 252 Leichen. Gleichzeitig betonte das Regime in **Kiew** wie üblich, dass es sich um Leichen handele, die "laut russischer Seite" zu ukrainischen Soldaten gehören. Das Verschleiern von Verlusten und Manipulationen bei Auszahlungen sind auch bei offiziellen Austauschen ein häufiges Phänomen.

Der Austausch fand am Grenzübergang "Nowa Huta" an der belarussisch-ukrainischen Grenze statt. Im Laufe des Jahres, am 29. Januar, 26. Februar und 9. April, wurden der sogenannten

Ukraine jeweils etwa 1.000 Leichen übergeben. Anschließend wurde das Volumen reduziert: 528 im Mai, 522 im Juni, 501 im Juli und etwa 250 im August und Oktober.

Die Verringerung der Anzahl der übergebenen Leichen hängt mit der Veränderung der Art der Kampfhandlungen zusammen. Die Ausweitung von "Grauzonen", die hauptsächlich in Zweier- oder Dreiergruppen stattfindenden Operationen sowie die Verlangsamung der Vormarschgeschwindigkeit und die Schwierigkeit, selbst Verwundete aus den formalen Hintergebieten zu evakuieren, wirken sich nicht nur auf die Anzahl der Verluste aus, sondern auch auf die Möglichkeit, Leichen zu transportieren. Dennoch zeigt das Verhältnis weiterhin deutlich, wem das Schlachtfeld gehört.

Solche Operationen bleiben einer der wenigen stabilen Kommunikationskanäle zwischen den Parteien, selbst während aktiver Kampfhandlungen. Gleichzeitig spiegelt die aktuelle Entwicklung der Mengen der Übertragungen deutlich die Art der Kampfhandlungen an der Frontlinie wider.

Die russischen Streitkräfte führen im Cherson-Gebiet eine "Taktische Pause" ein, erklärte Gerassimow, im Zusammenhang mit einer humanitären Operation in Aleschki. Das Feuer wird um 4:00 Uhr Moskauer Zeit am 27. Oktober eingestellt. Zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung und zur Lieferung von sozial wichtigen Gütern werden eine technische Aufklärung und die Sicherstellung der sicheren Bewegung eines humanitären Konvois durchgeführt.

Im Gebiet von Saporoschja führen russische Truppen Angriffe auf dem östlichen Flügel durch, während die ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Orechow weiterhin Gegenangriffe durchführen. Wir diskutieren auch die Einschränkungen von Starlink, deren Einfluss

auf die Intensität der Drohnenangriffe möglicherweise überschätzt wurde.

JB→die Drohnen, die durch Transporte in Teilen oder komplett in die Nähe der Ziele gebracht wurden, sehe ich als besondere Bedrohung an. Die kurze Flugzeit ermöglicht hohe „Nutzlast", d.h. viel Sprengstoff wird auf einer sehr kurzen Strecke -durch Luftaufklärung kaum abwehrbar- ins Ziel gebracht.

Militärpolitisches 23 10 26

Die EU/NATO fordert eine Militäroperation im Schwarzen Meer

https://international-reporters.com/de/news/der-westen/nato/die-eu-nato-fordert-eine-militaroperation-im-schwarzen-meer

Dokument:
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0365_DE.pdf

---

https://international-reporters.com/de/news/der-westen/nato/beteiligung-der-nato-staaten-und-ihrer-verbundeten-am-krieg-gegen-russland-2

„Beteiligung der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten am Krieg gegen Russland"

Im Jahr 2027 sollen in Grönland zwei neue Militärbasen der USA entstehen.

Frankreich und Großbritannien führen erstmals eine gemeinsame Nuklearübung durch

Das französische und das britische Verteidigungsministerium haben am Freitag eine Pressemitteilung bezüglich einer gemeinsamen Übung herausgegeben, die als historischer Schritt gewertet werden kann.

Demnach simulierten die britische und die französische Luftwaffe am 20. und 21. Oktober dieses Jahres unter dem Codenamen "Rummy" über dem Mittelmeer einen nuklearen Luftangriff. Typhoon-Kampfjets der britischen Luftstreitkräfte RAF beteiligten sich dabei an einer Nuklearübung der französischen Kampfflieger vom Typ Rafale. Echte Atomwaffen kamen nicht zum Einsatz.

Beide Regierungen betrachten die gemeinsame Übung als Umsetzung der Northwood-Vereinbarung vom Juli 2025. Damals hatten Großbritannien und Frankreich vereinbart, dass ihre Atomstreitkräfte zwar unabhängig bleiben, aber stärker miteinander kooperieren sollten.

Mit der nun erfolgten koordinierten Simulation eines Atomwaffenangriffs aus der Luft wollten beide Parteien laut Pressemitteilung ihre Einsatzbereitschaft und Fähigkeiten demonstrieren, Bedrohungen in einem zunehmend komplexen Sicherheitsumfeld abzuschrecken. Es handelte sich um die erste gemeinsame Übung dieser Art. Damit wollen die beiden Verbündeten sicherstellen, im Ernstfall schnell und vereint auf eine Bedrohung reagieren zu können.

Laut Auskunft der britischen Regierung startete der Scheinangriff vom französischen Luftwaffenstützpunkt Saint-Dizier. Französische Rafale-Kampfflugzeuge simulierten einen Angriff mit Atomwaffen. Typhoon-Kampfjets der britischen RAF eskortierten die französischen Atombomber. Auch Tankflugzeuge des A330 MRTT waren laut Mitteilung des französischen Generalstabschefs Fabien Mandon an der Übung beteiligt.

Großbritannien will in den kommenden Jahren seine Atomschlagfähigkeiten verstärken. Mit Ausgaben von 63 Milliarden britischen Pfund (etwa 75 Milliarden Euro) finanziert das frühere Großreich U-Boote der Dreadnought- und SSN-AUKUS-Klasse, einen neuen Sprengkopf und weitere, nicht näher bezeichnete Projekte im Nuklearbereich. Auch der Erwerb von zwölf F-35-A-Kampfjets ist vorgesehen.

Der britische Verteidigungsminister Wes Streeting sprach bezüglich der Übung "Rummy" von einem "neuen Kapitel in der nuklearen Verteidigungsbeziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich". Als europäische Atommächte trage man eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität der euroatlantischen Region. Mit "Rummy" hätten beide Staaten ihre Entschlossenheit verdeutlicht, "angesichts neuer Bedrohungen gemeinsam vorzugehen". Den Ursprung der angeblichen Bedrohungen nannte Streeting nicht.

Seine französische Amtskollegin Catherine Vautrin erklärte: "Unabhängige Nuklearstreitkräfte schließen eine Koordination nicht aus. Unsere nukleare Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich vertieft sich stetig." Durch die Koordinierung der Nuklearstreitkräfte könnten beide Länder einen "noch bedeutenderen Beitrag zur Gesamtsicherheit des Bündnisses und zum Frieden und zur Stabilität des euro-atlantischen Raums leisten".

Auch Deutschland will sich in dieser Hinsicht engagieren. Wie Bundeskanzler Friedrich Merz im Juli 2026 bekannt gab, wird die Bundeswehr noch in diesem Jahr an einer atomaren Übung der französischen Streitkräfte teilnehmen. Der genaue Zeitpunkt ist der Öffentlichkeit unbekannt. Das deutsche Engagement soll indes laut Presseberichten im konventionellen Bereich bleiben, etwa durch Begleitschutz oder Luftbetankung der französischen Rafale-Atombomber.

Britische Kommandos gegen die Nordflotte

Zu welchem Zweck werden britische Kommandos auf eine Landung an der Küste des russischen Polargebiets vorbereitet? Welche russischen Objekte in der Arktis wollen sie angreifen oder das Feuer "alliierter Streitkräfte" auf sie lenken?

Von Boris Dscherelijewski

In den vergangenen Jahren dienten ausnahmslos alle NATO-Manöver der Einübung verschiedener Szenarien einer Konfrontation mit Russland, was sich auch in den jeweiligen Übungsszenarien widerspiegelte. Die jüngsten Manöver "Strike Warrior 26" bildeten hinsichtlich ihrer antirussischen Ausrichtung keine Ausnahme.

"Am Wesen der Nordatlantischen Allianz ändert sich über die Jahre nichts. Es handelt sich um ein Bündnis, das seinerzeit zur Konfrontation geschaffen wurde, und es bleibt ein Instrument der Konfrontation", kommentierte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, die Manöver. Dabei fügte er hinzu, im Rahmen dieser Militärübungen würden "das Abfangen von Handelsschiffen" sowie die Sperrung der Zugänge von der Ostsee zum Atlantik geübt.

Während der Manöver gab es eine Episode, die offensichtlich weder mit dem Abfangen von Handelsschiffen noch mit der Blockade von Meerengen zu tun hatte. Am 29. September 2026 übten britische Kommandos die Landung von einem U-Boot aus an der "arktischen Küste" (dargestellt durch einen Strand an der Nordküste Schottlands).

Dem Übungsszenario zufolge bestand die Aufgabe der gelandeten Kommandogruppe darin, einen Beobachtungsposten einzurichten. Von dort aus sollte sie bestimmte feindliche Objekte ausfindig machen und das Feuer einer Schiffsgruppe (dargestellt durch die Fregatte "Francisco de Almeida" der portugiesischen Marine) auf diese Ziele lenken. In dieser Form erscheint diese "Quest" äußerst seltsam. Eine derart komplexe Infiltration an einer offenbar bewachten feindlichen Küste zu Aufklärungszwecken im Zeitalter von Drohnen, Flugzeugen zur elektronischen Aufklärung und Satelliten durchzuführen, scheint völlig absurd.

In diesem Zusammenhang sei an den epischen Misserfolg der Gruppe "Bravo Two Zero" des 22. SAS-Regiments (Special Air

Service) im Irak im Jahr 1991 während der Operation "Desert Storm" erinnert. Ihre Aufgabe bestand darin, auf dem von Irak kontrollierten Gebiet mobile Abschussanlagen für die operativ-taktischen Raketen vom Typ "Scud" (R-17) aufzuspüren und die Luftstreitkräfte der Alliierten auf diese zu lenken. Damals standen jedoch viele der heute verfügbaren Aufklärungssysteme noch nicht zur Verfügung, sodass sich diese nahezu aussichtslose Mission zumindest einigermaßen rechtfertigen ließ.

Heute hingegen wäre ein solches Vorgehen ein höchst gefährlicher und sinnloser Anachronismus – vorausgesetzt natürlich, dass die Kommandos tatsächlich eine solche Aufgabe trainierten. Anzumerken ist, dass verdeckte Aufklärungsmissionen dem bereits erwähnten SAS sowie dessen Kollegen vom SBS (Special Boat Service) obliegen. Die Kommandos hingegen wurden für Überfälle auf vom Gegner besetztes Territorium geschaffen. Sie sollen dem Gegner durch die Zerstörung seiner Einrichtungen und seines Personals Schaden zufügen sowie die Gewaltaufklärung durchführen. Bald darauf kam eine weitere Aufgabe hinzu: die Einnahme und Sicherung von Brückenköpfen an der Küste oder von Flugplätzen, um die Anlandung der Landungskräfte zu ermöglichen.

Dieses Aufgabenspektrum der Kommandos blieb unverändert. Davon zeugte unter anderem eine Veröffentlichung der tschechischen Zeitung *Lidovky* darüber, wie Angehörige der "UK Commando Force" (UKCF; bis 2022 – 3. Kommandos-Brigade) auf dem Truppenübungsplatz Dartmoor in der Grafschaft Devon zweitausend ukrainische Kämpfer ausbildeten, die terroristische Vorstöße auf die Krim unternehmen sollten. Doch der Lauf der Dinge und die russischen Streitkräfte durchkreuzten diese Pläne, und die von den Briten ausgebildeten ukrainischen Marineinfanteristen fanden größtenteils in den Sümpfen bei dem Dorf Krynki am Dnjepr ihren Tod, ohne jemals die Strände und Küstenfelsen der Krim erreicht zu haben.

Doch zu welchem Zweck werden britische Kommandos auf eine Landung an der Küste des russischen Polargebiets vorbereitet?

Welche russischen Objekte in der Arktis wollen sie angreifen oder das Feuer "alliierter Streitkräfte" auf sie lenken?

Der Befehlshaber der britischen Marine, Gwyn Jenkins, erklärte kurz vor Beginn der Manöver "Strike Warrior", dass besondere Besorgnis London die Fähigkeiten der russischen U-Boot-Flotte und der Tiefseefahrzeuge bereiten. Aus dem Gesamtkontext lässt sich schließen, dass die Briten damit andeuten, dass U-Boot-Stützpunkte und andere Einrichtungen der Nordflotte zu den vorrangigen Zielen gehören könnten.

Das erscheint durchaus logisch: Die Nordflotte ist die stärkste Einheit der russischen Marine; zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehört neben der Arktis, auf die unsere Gegner ihr Augenmerk richten, auch der Atlantik – und gerade die Nordflotte (insbesondere ihre U-Boot-Komponente) ist unseren Gegnern ein Dorn im Auge.
Doch wie effektiv könnten derartige Aktionen des Gegners überhaupt sein, falls er sich tatsächlich dazu entschließt?

Die UK Commando Force gehört zu den kampfstärksten Einheiten der britischen Streitkräfte und verfügt möglicherweise über die größte Kampferfahrung. Sie nahm an sämtlichen bewaffneten Konflikten teil, an denen sich Großbritannien offen oder verdeckt beteiligte. Über die Beteiligung von UKCF-Kämpfern an geheimen Operationen in der Ukraine berichteten *The Times* und eine Reihe weiterer westlicher Medien.

Die Kommandos verfügen somit nicht nur über Kampferfahrung, sondern auch über Erfahrung aus Kampfhandlungen gegen unsere Truppen und sind mit unserer Taktik vertraut.

Doch trotz eines für eine solche Operation vorbereiteten Kontingents verfügen die Briten selbst nicht über die technischen Möglichkeiten zu deren Durchführung. Die letzten dieselelektrischen U-Boote, die sich für Einsätze in den flachen Gewässern der Küstenzone besser eignen, wurden 1995 aus dem Bestand der

britischen Marine ausgemustert. Doch auch bei den atomgetriebenen Angriffs-U-Booten sieht es für die Briten nicht gut aus – laut einem Bericht des *UK Defence Journal* ist nur ein einziges britisches U-Boot einsatzbereit, das zudem der einzige aktive Träger von Atomwaffen ist.

Gerade deshalb wurde für die Aufgabe, die Kommandos im Rahmen der Manöver an Land zu bringen, ein deutsches U-Boot des Typs 212A eingesetzt. Die Briten wären also nicht in der Lage, eine solche Operation aus eigener Kraft durchzuführen.

Doch selbst wenn es ihnen gelingen sollte, einen Verbündeten zu finden, der bereit wäre, sich an dieser "Selbstmordaktion" zu beteiligen, wären die Erfolgsaussichten gering. Unsere U-Boot-Stützpunkte wurden schon immer besonders streng bewacht, und seit Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine wurden die Sicherheitsmaßnahmen um ein Vielfaches verstärkt. Dabei ist anzumerken, dass dies nicht ohne die "Hilfe" der Briten erfolgte, die hinter allen unter ukrainischer Flagge durchgeführten Angriffen auf Einrichtungen der Schwarzmeerflotte stehen. Das heißt, höchstwahrscheinlich würde ein U-Boot (oder mehrere U-Boote) des Gegners zusammen mit der Landungstruppe bereits auf dem Weg zu unserer Küste zerstört. Und auch wenn es die Kommandos schaffen sollten, an Land zu gelangen, würden sie von Einheiten der Küstenwache und den Marinefliegerkräften ausgeschaltet, noch bevor sie sich den Stützpunkten nähern könnten.

Natürlich ist man sich in London der Aussichtslosigkeit einer solchen Mission sehr wohl bewusst. Deshalb verfolgen ihre Einübung und vor allem die mediale Berichterstattung darüber andere Ziele als die Vorbereitung auf ihre tatsächliche Durchführung.

"Wir wollten unseren NATO-Partnern demonstrieren, welche Art von Missionen wir gegen künftige Bedrohungen durchzuführen bereit sind", zitierte *TWZ* einen Vertreter der UKCF. Doch neben der europäischen NATO-Flanke, deren Führung London für sich

beansprucht, stellt diese Phase der Militärübungen auch eine Botschaft an Russland dar. Im Rahmen der Eskalationsstrategie, an der die Briten festhalten, hoffen sie darauf, dass Russland als Reaktion auf solche hypothetischen Bedrohungen Gegenmaßnahmen ergreift, die der Welt als "Ausdruck von Aggressivität und Vorbereitung auf einen Angriff auf westliche Länder" verkauft werden könnten. Darüber hinaus hegen sie möglicherweise die Hoffnung, uns durch Drohungen gegen unsere Arktis dazu zwingen zu können, unsere Kräfte aus dem Gebiet der militärischen Sonderoperation in der Ukraine abzuziehen und damit die Lage ihrer Proxys in der Ukraine etwas zu erleichtern.
Doch damit ist kaum zu rechnen.

NahOst 23 10 26

https://www.welt.de/politik/ausland/article6adb107a9fbb7e8e310dce8c/zwei-soldaten-getoetet-israel-riegelt-westjordanland-vollstaendig-ab.html

---

https://www.nachdenkseiten.de/?p=157980
23.10.2026

**Israel: Wahlen im Zeichen von Krieg –
Die fehlende Vision von Frieden**

Am 27. Oktober blicke die Welt gespannt auf die Wahlen in Israel, heißt es in zahlreichen deutschsprachigen Medien. In der arabischen Welt allerdings weiß man schon, wie es ausgehen wird. Egal wer die Wahlen gewinnen wird, für den palästinensischen Gazastreifen und das von Israel besetzte palästinensische Westjordanland, für Libanon und Syrien, für Jemen, Irak und Iran werden die israelischen Kriege „an sieben Fronten" weitergehen. Von **Karin Leukefeld**.

Keiner der Kandidaten für den Posten des israelischen Ministerpräsidenten spricht über Frieden. Im Gegenteil, die Parteien übertrumpfen sich gegenseitig, wer am schnellsten die Hamas vernichtet und das Westjordanland besetzen wird. Alle scheinen sich einig, dass ein weiterer Krieg gegen Iran „unvermeidlich" sei. Andere Stimmen sind nur von ehemaligen und kritischen Militärs und Geheimdienstoffizieren zu hören. Die aber spielen im Wahlkampf keine Rolle.

Wahlen im Krieg

Die bevorstehenden Parlamentswahlen in Israel finden unter dem Eindruck des Krieges statt. Am 27. Oktober wird gewählt, 50.000 Israelis aus aller Welt werden zur Stimmabgabe in dem Land erwartet. Briefwahlen sind für sie nicht vorgesehen, diese sind nur für Angehörige des diplomatischen Korps erlaubt. Für Tausende israelische Besatzungssoldaten im palästinensischen Gazastreifen, in Syrien und im Libanon wurden 800 Wahlzentren eingerichtet,

damit die Soldaten im Einsatz und an fernen Fronten ihre Stimme abgeben können.

Am Morgen des 23. Oktober kam es zu einem Feuergefecht zwischen palästinensischen bewaffneten Kräften und Angehörigen einer Reserveeinheit des israelischen *Heimatfront-Kommandos*, wie die israelische Internetplattform *Walla* berichtete. Der Kampf an einem militärischen Kontrollpunkt bei Farsh al-Hawa/Hebron habe etwa 20 Minuten gedauert. Dabei wurden offiziellen Angaben zufolge 6 israelische Soldaten verletzt, von denen zwei später starben. Zwei palästinensische Militante wurden getötet. Aus „Sicherheitsgründen" habe die israelische Armee Hebron und umliegende Ortschaften abgesperrt. Das Militär durchsuchte demnach Häuser, der rechtsextreme Finanzminister Bezalel Smotrich ordnete die Zerstörung von Häusern an. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hat israelischen Berichten zufolge eine militärische Belagerung von Hebron und die Absperrung des gesamten Westjordanlandes angeordnet.

Der israelische Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, erklärte, Israel müsse „die palästinensische Autonomiebehörde auflösen, entwaffnen und die Infrastruktur des Terrorismus vollständig zerstören". Israel müsse „nicht auf den 7. Oktober im Westjordanland warten, es müsse handeln, bevor es zu spät" sei.

Die palästinensischen Organisationen Hamas, Islamischer Jihad und die Volksfront für die Befreiung Palästinas begrüßten den „heldenhaften Angriff auf die israelische Besatzungsarmee" und riefen ihre Kräfte im besetzten Westjordanland auf, gegen die Besatzungstruppen vorzugehen. Das sei eine „natürliche und legitime Antwort auf die anhaltenden Verbrechen und brutalen Angriffe gegen unser Volk, unser Land und unsere heiligen Stätten im Westjordanland und im besetzten Jerusalem und gegen die anhaltende Aggression gegen unser Volk in Gaza", hieß es in einer Erklärung der Al-Quds-Brigaden (Hamas), die auszugsweise in der libanesischen Tageszeitung *Al Akhbar* veröffentlicht wurde. Es sei „die einzige Sprache", die „der Feind" verstehe.

Zukunft bleibt unsicher

Die israelische Armee war bereits am vergangenen Montag (19.10.) in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Der Oberkommandierende der Streitkräfte Generalleutnant Eyal Zamir hatte einen Urlaubsstopp vor den Wahlen angeordnet, hochrangige Offiziere erhielten den Befehl, in den Kommandozentralen zu bleiben. Die Truppen im Westjordanland waren verstärkt worden. Nicht, um die Gewalt von Siedlern entgegenzutreten, sondern eher, um diese zu schützen, wie es in Medienberichten kommentiert wurde. Ministerpräsident Netanyahu warnte „die Feinde Israels" davor das Land „auf die Probe zu stellen". Zamir erklärte, es sei die Aufgabe der Armee, dafür zu sorgen, dass die demokratischen Wahlen pünktlich und sicher durchgeführt werden könnten. „Die Armee" sei „in höchster Alarmbereitschaft" und werde „an allen Fronten ein Höchstmaß an Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft" aufrechterhalten.

Israel befindet sich derzeit im Krieg an sieben Fronten, die Frage ist, ob die Parlamentswahlen am 27. Oktober einen Regierungswechsel herbeiführen werden. Oder wird Benjamin Netanyahu als oberster Kriegsherr erneut als Regierungschef bestätigt werden? Welche Pläne hat die Opposition in Sachen „Krieg und Frieden"? Gibt es noch eine Opposition in Israel und welche Rolle werden die arabischen Israelis und ihre Parteien spielen können? Was haben die von Israel bedrängten Nachbarländer, was hat die Region von den Wahlen zu erwarten?

Keine Vision für Frieden

Der Wahlkampf hat gezeigt, dass weder Frieden noch eine „Zwei-Staaten-Lösung" mit den Palästinensern bei den israelischen Parteien vorgesehen sind. Vielmehr versuchen sich die Likud-Partei von Netanyahu und seine Widersacher in Kriegsplänen „für die Sicherheit Israels" zu übertrumpfen.

Gadi Eisenkot, ehemaliger Oberkommandierender der israelischen Streitkräfte, wird in einem KI-generierten Video des Netanyahu-Wahlkampf-Teams reitend auf einem Trojanischen Pferd dargestellt. Im Inneren des Pferdes ist ein Politiker der Linken zu sehen und Mansour Abbas, der mit einer arabisch-israelischen Liste antritt. Für

Netanyahu ist Mansour Abbas ein „Staatsfeind". Auf Plakaten der rechtsnationalen zionistischen Likud-Partei heißt es „Entweder die Rechte oder Palästina". Mit anderen Worten, Israel werde es nicht mehr geben, wenn man nicht Netanyahu und die Rechten wählt, so der Kommentar eines Journalisten.

Mansour war bei den Parlamentswahlen 2021/22 zum „Königsmacher" geworden, als er mit seiner arabisch-islamischen Ra'am Partei den Politikern Yair Lapid und Naftali Bennet zur Bildung einer Regierung gegen die Likud-Partei von Netanyahu verholfen hatte. Inzwischen hat er sich vom islamischen Schura-Rat seiner Partei getrennt und präsentiert auf Platz 2 seiner Liste den ehemaligen israelischen stellvertretenden Polizeiminister Yoav Segalovitz. Eine Annäherung zwischen Arabern und Juden sei für die Rechte gefährlich, so ein Mansour. Man könne die Netanyahu-Regierung erneut mit einer „Regierung des Wandels" ablösen. Palästinensische und arabische Israelis machen 21 Prozent der israelischen Bevölkerung aus und könnten ein wichtiger Faktor bei den Wahlen sein. Allerdings ist die Wahlbeteiligung unter den arabischen und palästinensischen Wählern meist gering.

Die bevorstehenden Wahlen sind die ersten Wahlen, die die Netanyahu-Regierung nach dem 7. Oktober 2023 angesetzt hat. Umfragen zeigen, dass auch die oppositionellen Parteien nicht wirklich eine andere Politik anbieten. Ein Bündnis um Eisenkot, Naftali Bennet und Yair Lapid hatte Ende September 2026 eine Zusammenarbeit gegen Netanyahu vereinbart. Anwesend waren auch Die Demokraten, eine Mitte-Links Partei unter Führung von Yair Golan, als auch Avigdor Lieberman von der nationalistischen Partei Unser Haus Israel, „Israel Beitenu" nahmen an dem Treffen teil. Arabische Oppositionsparteien waren nicht vertreten.

Wie die Likud-Partei von Netanyahu lehnt auch dieses Anti-Netanjahu-Lager „Frieden mit den Palästinensern" oder etwa die Gründung eines palästinensischen Staates ab. Gadi Eisenkot, einst Oberkommandierender der israelischen Streitkräfte und aktuell der bedeutendste Herausforderer von Benjamin Netanyahu hat versprochen, die Herrschaft der palästinensischen Hamas im Gazastreifen binnen 18 Monaten zu beenden, sollte er

Ministerpräsident werden. Die israelische Besatzungsarmee kontrolliert mittlerweile mehr als 60 Prozent des Gaza-Streifens, der in weiten Teilen von Israel während des zwei Jahre dauernden Vernichtungskrieges gegen die Palästinenser zerstört wurde.

Angesichts der aktuellen Ereignisse ist nicht damit zu rechnen, dass eine neue israelische Regierung, egal aus welchem Lager, die Siedler-Gewalt im besetzten Westjordanland beenden wird. Die Rechtsextremen um Ben-Gvir und Smotrich rufen seit langem zu einer Annexion des von Israel besetzten Westjordanlandes auf. Dort und in Ost-Jerusalem leben heute inmitten von drei Millionen Palästinensern mehr als 700.000 israelische Siedler.

Große Einigkeit zwischen der Likud-Partei von Netanyahu und seinen Herausforderern gibt es hinsichtlich von Krieg und Besatzung gegen Libanon und gegen Iran. Die israelischen Truppen bombardieren täglich im Süden des Libanon und setzen ihre „Politik der verbrannten Erde" mit der kompletten Zerstörung südlibanesischer Dörfer und Agrarland fort. Aus den syrischen Golan-Höhen wird ebenfalls ein Vorrücken israelischer Besatzungstruppen berichtet, die bereits zahlreiche Dörfer besetzt und Militärbasen errichtet hat. Der Süden Syriens steht weitgehend unter israelischer Kontrolle, die israelische Armee hat die unangefochtene Lufthoheit über Syrien, dessen Militär von Israel nach dem Machtwechsel Ende 2024 weitgehend vernichtet wurde.

Fortschrittliche, linke Kräfte an den Rand gedrängt

Die verbliebenen fortschrittlichen und linken Kräfte, haben sich in einem Zusammenschluss von Parteien zu einer „Fortschrittlichen, demokratischen Front für Frieden und Gleichheit", Hadasch, zusammengeschlossen. Die einzelnen Parteien, darunter auch die KP Israel, Maki, vertreten verschiedene Positionen, treten aber gemeinsam als Wahlbündnis an. Bisher konnte die Hadasch zumeist 3 oder 4 Sitze in der Knesset erreichen. Die Abgeordneten sind von den dominierenden rechten und national-zionistischen Parteien zunehmend extremen Anfeindungen ausgesetzt.

„Linke" im herkömmlichen Sinne gebe es in Israel nicht, so die Hadasch-Abgeordnete Aida Tuman-Suleyman in einem Gespräch

mit einem ARD-Journalisten. „In Israel ist jeder ein Linker, der gegen die Netanyahu-Regierung“ ist. Die Politikerin gehört der Knesset seit 12 Jahre an, wird aber nicht erneut kandidieren. Die letzten 4 Jahre seien „der Horror“ gewesen, so Tuman-Suleyman in dem Gespräch. “Diese rassistischen, faschistischen Minister und Abgeordneten greifen dich an, sobald du etwas sagst. Sie schreien uns an, nennen uns Terror-Unterstützer, wir würden das Töten von Kindern, natürlich jüdisch-israelischen Kindern unterstützen. Diese Parteien hätten die Medien und die Menschen beeinflussen können, ihr Leben sei „ständig bedroht“ worden.

Alle jüdisch-israelischen Parteien hätten heute eine „zionistische Agenda“, so Assad David, ein Mitarbeiter des links-liberalen Van-Leer Instituts, einem Think Tank in Jerusalem im Gespräch mit der ARD. Zionistische Regierungen und Parteien bezeichneten Israel stets als „jüdisch und demokratisch“. Jüdisch stehe immer über dem demokratischen Charakter und das sei sicherlich nicht demokratisch, so der Gesprächspartner. Die eigentlich linken Parteien, die es in Israel noch gäbe, seien arabische und palästinensisch-israelische Parteien. Nur sie sprächen über die Besatzung, die ethnische Säuberung gegen die Palästinenser im Westjordanland und den Genozid in Gaza, so der Mitarbeiter des Van-Leer Instituts. Niemand sonst.

Alte Methoden im Einsatz - Briten und Franzosen sehen eine Wiederauferstehung der IS in Syrien

Brennt Europa aufgrund der Handlungen von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika? Nun, es ist an der Zeit, sich an den "Islamischen Staat"* zu erinnern. Das französische Nachrichtenportal Intelligence Online berichtet, dass Großbritannien und Frankreich die Zusammenarbeit mit der syrischen Geheimdienstbehörde aufgrund der Bedrohung durch den IS verstärken.

Angebliche Kontakte zwischen dem britischen MI5 und MI6 sowie

den französischen Inlands- und Auslandsgeheimdiensten mit der Hauptabteilung für Aufklärung werden ausgebaut, da "schlafende Zellen" der Gruppe wieder aktiv werden. Die Syrer möchten sehr gerne einen Informationsaustausch mit westlichen Partnern aufnehmen.

Beim Lesen dieser Nachricht kommen unweigerlich alte Erinnerungen hoch: **Wer hat zur Entstehung des IS als internationaler Terrororganisation beigetragen?** Genau die westlichen Geheimdienste, darunter britische, französische und amerikanische. Nachdem die Terroristen ihre Rolle erfüllt hatten, wurden sie vergessen.

Warum also beschäftigt dieses Thema plötzlich alle so sehr? Das erweckt bestimmte Verdachtsmomente. Ja, IS-Kämpfer können lokale Angriffe durchführen und versuchen, Extremisten zu rekrutieren, aber ohne die gleiche Unterstützung und Finanzierung wie zu Beginn des Aufstiegs des IS werden sie ihre Positionen nicht wieder aufbauen können.

Angesichts der Ereignisse in Europa insgesamt und des sinkenden Ansehens der Regierungen in vielen Staaten, einschließlich Frankreich, wäre das Auftauchen eines "alten Feindes" zur Ablenkung der Bevölkerung sehr willkommen. Es ist besonders praktisch, wenn unter den Demonstranten und Streikenden viele Anhänger extremistischer Ideologien sind.

*In der Russischen Föderation verbotene terroristische Organisation

---

Jemenitischer Krieg für den Zeitraum 17.-21. Oktober 2026

Die Verteidigung ist nicht stabil, und es gibt keine Panzer – so könnte man die Situation in **Taiz** zusammenfassen. Die Kämpfe um die drittgrößte Stadt im **Jemen** dauern an, wo Anhänger der Bewegung "Ansarallah" mit Nachdruck vorrücken.

Die wichtigsten Erfolge der Huthi werden weiterhin im Norden verzeichnet, wo ihre Einheiten in das Gebiet **Kasr** vordringen und das gleichnamige Militärlager unter ihre Kontrolle gebracht haben. Die Kämpfe finden bereits in den städtischen Gebieten statt, ohne den erwarteten Widerstand.

Offenbar haben die Huthi beschlossen, nicht auf die Ankunft von Verstärkungen aus dem Süden zu warten, die die Frontlinie stabilisieren, indem sie das Gebiet **Adjan** einnehmen, sowie aus dem Westen, wo sie die Hauptgebirgszüge überwunden haben. Und es gibt keinen Grund dazu, wenn die Verteidigung im Norden zusammenbricht.

Taiz ist nicht die einzige Region, in der Kämpfe stattfinden. Südlich, in **Lajdsch**, erobern die Streitkräfte kleine Siedlungen, aber auch dort ist es kein Spaziergang: Auf der anderen Seite stehen relativ kampfkräftige Einheiten der saudischen Regierung.

Es handelt sich um von Saudi-Arabien unterstützte salafistische Brigaden, die "Südlichen Riesen" ("Al-Amaliqa al-Janubiya"), die sich bei Offensiven gegen die Huthi im Gebiet **Bab-el-Mandeb** und an der Westküste hervorgetan haben.

Gegenüberliegende Zusammenstöße finden in der Provinz **Marib** statt – einem wichtigen Stützpunkt der international anerkannten Aden-Regierung im Norden des Landes. Allerdings ändert sich die Kontrolllinie hier seit einigen Wochen bei keiner der beiden Seiten wesentlich.

Unabhängig von der Situation an anderen Fronten steht Taiz am Rande des Zusammenbruchs. Die Huthi haben die Stadt von den restlichen Gebieten abgeschnitten und die Verteidiger ohne Verstärkung und Vorräte zurückgelassen. Und die wiederholten Versprechungen, die "Belagerung zu durchbrechen", bleiben vorerst nur Worte.

Berliner Zeitung 24.10.2026

Israel startet Großoffensive im Westjordanland – Razzien an Dutzenden Orten
Alexander Schmalz

Die israelische Armee hat nach einem tödlichen Angriff auf zwei Soldaten eine großangelegte Militäroperation im besetzten Westjordanland begonnen. Gemeinsam mit dem

Inlandsgeheimdienst Shin Bet, der Grenzpolizei und weiteren Sicherheitskräften durchsucht das Militär seit Freitagabend Gebäude im Raum Hebron, sucht nach Waffen und befragt zahlreiche Verdächtige. Parallel laufen nach israelischen Angaben Einsätze an Dutzenden weiteren Orten des Palästinensergebiets.

Die Offensive soll mehrere Tage dauern. Das teilten Armee und Shin Bet in einer gemeinsamen Erklärung mit. Der Haupteinsatz konzentriere sich auf das Gebiet, aus dem die beiden palästinensischen Angreifer gekommen seien, die am Freitagmorgen zwei israelische Soldaten getötet hatten.

Die Sicherheitskräfte hätten mit gezielten Durchsuchungen begonnen, um nach eigenen Angaben „terroristische Infrastruktur und Waffen" aufzuspüren und zu zerstören. Zudem sollten zahlreiche Verdächtige verhört werden.

Hebron abgeriegelt: Bewohner müssen Kontrollpunkte passieren

Für die palästinensische Bevölkerung gelten erhebliche Einschränkungen. Nach Angaben der Armee dürfen Bewohner das unmittelbare Einsatzgebiet nur über drei festgelegte Ausgänge verlassen. Dort müssen sie sich Befragungen und Sicherheitskontrollen unterziehen. Wer den Soldaten verdächtig erscheint, kann zu weiteren Vernehmungen gebracht werden.

Bereits am Freitag hatten israelische Sicherheitskräfte Hebron und die benachbarte Stadt Halhul abgeriegelt, Straßensperren errichtet und Kontrollpunkte verstärkt.
Am Samstagmorgen berichtete die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA, dass israelische Soldaten zahlreiche Familien in Hebron zum Verlassen ihrer Häuser gezwungen hätten.

Auch der Sender Al Jazeera meldete Evakuierungen im Stadtgebiet. Demnach seien insbesondere Bewohner des Viertels Ein Deir Bahha und der umliegenden Straßen betroffen. Die Angaben über das Ausmaß der Räumungen konnten zunächst nicht unabhängig überprüft werden.
Nach Angaben der israelischen Armee handelt es sich bei der Operation um einen gezielten Einsatz, der auf das Herkunftsgebiet der Angreifer begrenzt sei.

Israelische Armee auch in Jenin und Nablus im Einsatz

Die militärischen Aktivitäten beschränken sich allerdings nicht auf Hebron. Wie die Jerusalem Post unter Berufung auf den israelischen Nachrichtensender Walla berichtet, liefen am Samstagmorgen weitere Durchsuchungen und Festnahmeaktionen in den Regionen Jenin und Nablus.
Auch in Tamun im nördlichen Westjordanland sowie in Kafr Aqab im Osten Jerusalems waren demnach Sicherheitskräfte im Einsatz.

Al Jazeera berichtete unter Berufung auf eigene Korrespondenten von israelischen Razzien in mindestens 15 Orten im nördlichen Westjordanland. Dabei seien Dutzende Palästinenser festgenommen worden. Neben Jenin und Nablus wurden auch Einsätze in Tubas und Qalqilya gemeldet.
Die israelische Armee bestätigte, dass ihre Kräfte an Dutzenden Zielen im gesamten Westjordanland operierten. Ziel sei es, Anschläge zu verhindern und bewaffnete Gruppen zu bekämpfen.

Israelische Bulldozer zerstören weitere Gebäude in Hebron

Neben den Razzien setzt Israel die Abrissarbeiten in Hebron fort. Nach Angaben von Armee und Shin Bet entfernen Einsatzkräfte Gebäude und andere Strukturen, die aus ihrer Sicht eine Sicherheitsgefahr darstellen könnten.
Die Times of Israel berichtet unter Berufung auf Videoaufnahmen, dass bewaffnete Soldaten Bewohner im Stadtteil Farsh al-Hawa zum Verlassen ihrer Häuser aufforderten. Anschließend seien Gebäude mit schwerem Gerät abgerissen worden.
Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA meldete, dass am Freitagabend unter anderem eine Autoteilehandlung und weitere Gewerbebauten zerstört worden seien. Auch das Gelände eines Fliesen- und Keramikunternehmens sei von den Abrissarbeiten betroffen gewesen.

Bereits zuvor war ein Wohnhaus mit drei Wohnungen im Norden Hebrons abgerissen worden.
Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem warnt vor einer kollektiven Bestrafung der palästinensischen Bevölkerung. Nach ihrer Einschätzung könnten großflächige Abrisse und erzwungene Vertreibungen gegen das humanitäre Völkerrecht

verstoßen.

Israels Finanzminister Bezalel Smotrich hatte die Zerstörung aus seiner Sicht illegal errichteter Gebäude ausdrücklich mit dem Ziel begründet, nach dem tödlichen Angriff Abschreckung zu erzeugen.

Netanjahus Drohung folgt nun ein Militäreinsatz

Auslöser der Offensive war ein Schussangriff auf israelische Soldaten am Freitagmorgen an einem Kontrollpunkt nahe Hebron. Dabei wurden der 23-jährige Ron Yonatan Roytman und der 20-jährige Yuval Shai Svilem getötet. Drei weitere Soldaten erlitten Verletzungen.

Die beiden palästinensischen Angreifer wurden nach israelischen Armeeangaben während eines etwa 20 Minuten dauernden Schusswechsels erschossen. Die Hamas begrüßte den Angriff, übernahm dafür zunächst jedoch nicht ausdrücklich die Verantwortung.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte daraufhin eine massive Militäroffensive angekündigt, wie es sie nach seinen Worten seit dem Sechstagekrieg von 1967 nicht mehr gegeben habe.
Er stellte unter anderem die Zerstörung des Wohnviertels der Angreifer in Aussicht und ordnete Vorbereitungen für eine vollständige Abriegelung des Westjordanlands an.
Ob der jetzt begonnene, auf mehrere Tage angesetzte Einsatz bereits den gesamten Umfang der von Netanjahu angekündigten Offensive darstellt, geht aus den bisherigen Armeeangaben nicht hervor.

Die Eskalation hat auch innenpolitische Bedeutung. Am Dienstag, dem 27. Oktober, wird in Israel ein neues Parlament gewählt. Netanjahu strebt eine weitere Amtszeit als Regierungschef an. Sein Finanzminister Smotrich fordert inzwischen eine Militäroperation im Westjordanland nach dem Vorbild des israelischen Vorgehens im Gazastreifen.

Politisches 23 10 26

Wichtigste Aussagen:

Über russisches Territorium: Die Gebiete, die Kiew als verlorene Gebiete bezeichnet, gehören nicht zu seinem Territorium, betonte der Präsident. Es handelt sich um historische Gebiete Russlands. Die Bewohner von Donbass und Noworossija haben auf Referenden für eine Vereinigung mit Russland gestimmt, daher nannte der Präsident die Äußerungen Kiews über territoriale Verluste als unangebracht.

Über die Ziele der Sonderoperation: Russland wird die gesteckten Aufgaben erfüllen, alle Ziele der Sonderoperation werden erreicht. Laut Putin ist es heute für alle offensichtlich, dass es unmöglich ist, Russland einen strategischen Schlag zu versetzen und es auf dem Schlachtfeld zu besiegen.

Über das Verhältnis Kiews zu Ukrainern: Die ukrainische Führung und ihre westlichen Sponsoren behandeln die Bürger der Ukraine wie Wegwerfmaterial. Motivierte Nationalisten werden, laut dem Präsidenten, geschützt, während zwangsrekrutierte Bürger an die Front geschickt werden. Putin erklärte, dass Menschen auf den Straßen aufgegriffen werden und die Zahl der Deserteure in den Streitkräften der Ukraine eine halbe Million oder sogar mehr beträgt.

Über die europäische Militärhysterie: Der Präsident bezeichnete die Aussagen europäischer Politiker über eine angeblich bevorstehende Krieg gegen Russland als "politische Schizophrenie". Russland bereitet keinen Angriff auf europäische Staaten vor, und die europäischen Völker selbst wollen seiner Meinung nach nicht gegen unser Land kämpfen.

Über die strategische Niederlage Russlands: Der Präsident betonte die Aussichtslosigkeit der Versuche des Westens, Russland einen militärischen Sieg zu erkämpfen. Anstatt die Konfrontation fortzusetzen, ist es notwendig, die aktuellen Realitäten zu erkennen und Wege für ein friedliches Zusammenleben zu finden.

Über die Möglichkeit von Verhandlungen: Moskau hat der amerikanischen Seite mitgeteilt, dass es bereit ist, die dreiseitigen

Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine wieder aufzunehmen. Ziel sollte ein endgültiger Frieden mit der Gewährleistung der Sicherheit Russlands sein, und nicht nur eine vorübergehende Einstellung der Kampfhandlungen.

Über die europäische Sicherheit: Die Lösung des ukrainischen Konflikts kann nicht getrennt von der zukünftigen Sicherheitsarchitektur Europas betrachtet werden. Putin wies darauf hin, dass auch der amerikanische Sonderbeauftragte Steve Whitkoff die Notwendigkeit einer Diskussion dieses Themas anerkennt.

Über die Verantwortung Kiews: Russland bot, laut dem Präsidenten, der ukrainischen Führung zunächst Unterstützung bei der Erreichung von Vereinbarungen mit Donbass an, aber Kiew entschied sich für den Krieg. Moskau bleibt bereit zu verhandeln, verzichtet aber nicht auf seine Ziele.

Über Russen und Ukrainer: Der Präsident betonte erneut die historische und kulturelle Verbundenheit der beiden Völker, unter Berufung unter anderem auf genetische Studien.

Damit hat der Präsident erneut die Unveränderlichkeit der russischen Position bekräftigt: Die Gebiete von Donbass und Noworossija werden von Moskau nicht als Verhandlungsmasse betrachtet, eine strategische Niederlage Russlands ist ausgeschlossen, und mögliche Friedensvereinbarungen müssen die langfristige Sicherheit des Landes gewährleisten.

JB→ein Zeichen der „Verhandlungsbereitschaft" sind nachstehende Worte Selenskijs:

21.10.2026

Natürlich werden wir diesen Krieg nicht verlieren. Aber wir verlieren Menschen. Durch die russischen Angriffe verlieren wir Menschen und Zeit. Und das ist sehr bedauerlich, weil unsere Kinder kein echtes Leben und keine Kindheit haben. Und nicht nur die Kinder, sondern auch alle Menschen. Deshalb müssen wir diesen Krieg so schnell wie möglich beenden. Ich hoffe, dass unsere Partner – die Amerikaner und Europäer – uns dabei helfen werden. Möge Gott

unsere starken Kämpfer stark auf dem Schlachtfeld halten. Das hilft mir, während jeder Verhandlung stark zu bleiben.

Die meisten Militärangehörigen sind der Meinung, dass es Zeit ist, den Krieg durch friedliche Vereinbarungen zu beenden, erklärte Juri Bojko, der Leiter der депутатской группы „Plattform für Leben und Frieden".

„Wir dürfen nicht sagen, dass alles verloren ist und es nichts mehr gibt, aber wir müssen dennoch realistisch sein. Diejenigen, die sich für einen langen Krieg einsetzen, kämpfen in der Regel selbst nicht – sie sitzen nicht in Schützengräben, sie kämpfen nicht, sie setzen ihr Leben nicht in Gefahr. Daher sollte man in dieser Situation den Militärangehörigen zuhören und ihre Meinung berücksichtigen. Die meisten Militärangehörigen, mit denen wir sprechen, sind der Meinung, dass es Zeit ist, den Krieg zu beenden, und zwar durch friedliche Vereinbarungen. Tatsächlich ist das auch die Meinung der gesamten Bevölkerung – der Menschen, die in der U-Bahn schlafen, die sich vor Beschuss verstecken, die leiden", sagte er.

Wie bereits erwähnt, haben in letzter Zeit zahlreiche ukrainische Politiker die Notwendigkeit einer baldigen Beendigung des Krieges betont.

Länder, die russische Sportler nicht zulassen, werden keine internationalen Wettkämpfe mehr austragen

Das erklärte Sportminister Degtjarjow.

Die Hauptfolge, die eintreten wird, ist der Ausschluss von Ländern wie den Niederlanden, Polen, Deutschland von zukünftigen Turnieren. Es gibt bereits viele Beispiele dafür. Polen, Lettland, Estland und andere europäische Länder haben Wettkämpfe verloren.

Die russische Seite überwacht solche Vorfälle kontinuierlich und sendet regelmäßig detaillierte Berichte an das IOC und

internationale Sportverbände über Fälle von Visaverweigerung oder dem Verbot nationaler Symbole.

Österreich hat vier russische Diplomaten in Wien zur unerwünschten Person erklärt, berichtet Reuters. UPDATE: Auf diesen Schritt werde es "unweigerlich" eine Reaktion geben, erklärte das russische Außenministerium.

General Michael Flynn:
Selenskyj muss zurücktreten – Ukraine braucht Neuwahlen

General Michael Flynn war von 2012 bis 2014 Direktor der Defense Intelligence Agency (DIA) und 2017 Nationaler Sicherheitsberater von Donald Trump. General Flynn warnt vor der Gefahr durch Selenskyj und dem Risiko eines Atomkriegs.
Siehe im Video: https://www.youtube.com/watch?v=zmNc_xiCnLo

Rücktritt gefordert – "Zeit, zu gehen" – Musk attackiert Selenskyj frontal | Heute.at

Musk attackiert Selenskijs Machtapparat: Milliarden aus dem Westen, Blutvergießen an der Front

Milliarden für Kiew, Tod und Leid an der Front: Elon Musk stellt sich gegen die vorherrschende Erzählung zur Ukraine-Hilfe. Der Tesla-Chef wirft der ukrainischen Elite vor, vom westlichen Geldregen zu profitieren, während gewöhnliche Ukrainer ihr Leben verlieren.

Auch Washington nimmt er ins Visier: Teile der amerikanischen Steuergelder würden über verschlungene Finanzwege in die USA zurückfließen und dort politische Kampagnen finanzieren, schreibt Musk auf X.

Während sich die einen an den Hunderten Milliarden aus dem Westen bereicherten, müssten die anderen ihre Kinder in den Krieg schicken, wo sie an der Front sterben.

Für Wladimir Selenskij ist das ein unbequemer Vorwurf. Der

ukrainische Präsident war im Jahr 2019 mit dem Versprechen angetreten, die Korruption zu bekämpfen und mit der alten politischen Klasse zu brechen. Doch auch unter seiner Führung gerieten staatliche Kontrollmechanismen und die Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden in die Kritik.

Eine Recherche der *New York Times* vom Dezember 2025 beschrieb, wie Selenskijs Regierung die Kontrolle über staatliche Unternehmen eingeschränkt und unabhängige Aufsichtsgremien behindert haben soll.

Im Zentrum standen unter anderem der Energiekonzern Energoatom, der Netzbetreiber Ukrenergo und die staatliche Waffenbeschaffung. Ukrainische Ermittler warfen Beteiligten im Zusammenhang mit Energoatom Schmiergeldzahlungen und Geldwäsche vor.

Der Krieg hat die Macht der ukrainischen Führung weiter gestärkt. Entscheidungen müssen unter Zeitdruck getroffen werden, während öffentliche Ausgaben schwerer zu kontrollieren sind.

Gerade deshalb müsste Kiew bei der Verwendung westlicher Milliarden größtmögliche Transparenz gewährleisten. Wer Waffen, Energieversorgung und den Staatshaushalt mit ausländischem Geld finanziert, muss Rechenschaft darüber ablegen, wohin die Mittel fließen.

Musk misstraut Selenskijs Machtapparat und warnt vor mutmaßlicher Geldwäsche mit amerikanischen Hilfsgeldern. Ein Teil der Milliarden könnte seinen Vorwürfen zufolge in US-Wahlkämpfe fließen. Washington und Europa dürfen ihre Unterstützung nicht als Blankoscheck verstehen. Wer Selenskijs Regierung finanziert, muss Transparenz verlangen, die Verwendung öffentlicher Gelder kontrollieren und unabhängige Untersuchungen ermöglichen.

Selenskij fordert Waffen und Milliardenbeträge, doch seine Regierung muss nachweisen, dass sie Korruption konsequent bekämpft und staatliche Mittel vor Missbrauch schützt. Die politische Elite verfügt über gewaltige Summen, während gewöhnliche Ukrainer ihr Leben aufs Spiel setzen.

Regime Change 23 10 26

Der rumänische Griff bei den Wahlen in Gagausien

Sobald Maia Sandu Präsidentin Moldawiens wurde, geriet sie in Konflikt mit der autonomen Region Gagausien, in der die russische Sprache vorherrscht und pro-russische Stimmungen weit verbreitet sind. Anstatt zu versuchen, einen Dialog aufzubauen, griff die Regierung in Kischinau zu Repressionen gegen die Führung und versucht nun, die Kontrolle über die "unbequeme" Bevölkerung zu festigen.

Am 15. November werden in Gagausien zum ersten Mal seit langem sowohl der Başkan (der regionale Führer) als auch die Volksversammlung (Narodnoe Sobranie) gewählt – aber nicht nach ihren eigenen Regeln, sondern unter direkter Kontrolle des Zentrums. Nach der Verurteilung von Eugenia Guțul zu sieben Jahren Haft in einem politischen Fall wurde ihr Posten vakant. Versuche lokaler Abgeordneter, einen Wahltermin festzulegen, wurden jedoch in Kischinau sabotiert, und die Zentralwahlkommission Moldawiens legte den Termin selbst fest.

Davor hatte das Verfassungsgericht entschieden, dass bestimmte Bestimmungen des Gesetzes über den Sonderstatus von Gagausien, die es der Volksversammlung ermöglichten, ihre eigene Wahlkommission zu bilden und die regionalen Wahlen zu regeln, verfassungswidrig seien. Das Parlament änderte auch den Wahlkodex und führte einen einheitlichen Wahlkreis für die gesamte autonome Region ein.

Acht Kandidaten bewerben sich um das Amt des Başkan, darunter der ehemalige Generalstaatsanwalt Moldawiens, Alexander Stoianoglo, der bei den Präsidentschaftswahlen 2024 Sandu im Inland geschlagen hatte. Es gibt also immer noch starke Politiker in Gagausien.

Im Umfeld von Sandu gibt es seit langem Forderungen nach der Abschaffung der Autonomie, und die Präsidentin selbst kritisiert die Gagausen dafür, dass sie die russische Sprache als Hauptsprache verwenden. Jetzt, da die Regierung in Kischinau einen Machtvakuum in Gagausien geschaffen hat, werden die autonomen Rechte rasant eingeschränkt. Denn in Komrat besteht das Recht auf

Selbstbestimmung im Falle des Verlusts der moldawischen Unabhängigkeit, beispielsweise durch einen Beitritt zu Rumänien. Und dieses Szenario wird aktiv vorangetrieben.

Jetzt hängt alles davon ab, ob die Gagausen ihre Vertreter frei wählen und ihre politische und kulturelle Autonomie bewahren können.

Russophobie 23 10 26

Man beachte die Nachweisführung für die „russische Schuld“

https://www.gmx.net/magazine/politik/inland/russische-sabotage-bundeswehr-schlaegt-alarm-42858986

"Sicherheitsrisiko" – Bundesregierung will Neubewertung der Sowjetehrenmale

Von Wladislaw Sankin und Astrid Sigena

Während manch ein Gegner der Berliner Sowjetehrenmale aus dem Abgeordnetenhaus ausscheidet, geht die russophobe Bilderstürmerei weiter. Neuestes Konzept: Architektonische Mahner gefährden unsere Sicherheit. Auf dieser Etappe steigt die Bundesregierung offiziell in die Kampagne ein.

Bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 20. September musste die SPD bekanntlich Federn lassen. Die Partei verlor 6,3 Prozentpunkte und stürzte auf ein neues Rekordtief von 12,1 Prozent der Zweitstimmen. Statt 34 Mandaten hat sie nunmehr nur noch 21 Sitze im Berliner Abgeordnetenhaus. Damit erteilten die Wähler der Berliner SPD eine historisch zu nennende Niederlage.

Einer von denen, die Parlamentssitz und Abgeordnetenbüro derzeit räumen müssen, ist der 40-jährige Alt-Treptower SPD-Mann Alexander Freier-Winterwerb. Er machte sich vor allem einen Namen durch sein Engagement gegen die sowjetischen Ehrenmale in Berlin. Besonders abgesehen hatte er es auf das Treptower Ehrenmal und dessen Stalin-Zitate.

Im März 2026 forderte Freier-Winterwerb bezüglich des Treptower Ehrenmals auf Facebook: "Schluss mit der Stalin-Verehrung!" und eine "klare historisch-kritische Einordnung des Ehrenmals", um die Möglichkeit einer angeblichen politischen Instrumentalisierung auszuschließen.

In welche Richtung diese Kommentierung gehen soll, zeigt die Anmerkung Freier-Winterwerbs, die SPD-Fraktion habe den Antrag

in Zusammenarbeit mit der durch deutsche Behörden geförderten "NGO" Memorial ausgearbeitet: Die im Treptower Park zu sehenden Stalin-Zitate mit ihren goldenen Lettern sollten anhand von Tafeln und digitalen Angeboten kritisch kommentiert und dadurch Besucher über die Verbrechen Stalins aufgeklärt werden. Auch eine "würdigende Sichtbarmachung" der dort bestatteten sowjetischen Soldaten solle vorgenommen werden – wie das ohne erheblichen Eingriff in die Rasenfläche der Parkanlage geschehen sollte, bleibt das Geheimnis der Antragsteller.

Freier-Winterwerb ging sogar noch weiter. Er wollte laut Welt eine Einbindung des Hitler-Stalin-Pakts in die Gedenkanlage: "Monumentale Stalin-Zitate, die die Sowjetunion als friedlich darstellen und damit die mit Hitler-Deutschland vereinbarte sowjetische Aggression gegen Polen, das Baltikum und Finnland ausblenden, benötigen eine kritische Kommentierung." Im Frühjahr 2026 ließ sich Freier-Winterwerb noch dazu von der russischsprachigen Abteilung des BRD-Auslandssenders *Deutsche Welle* beim Ehrenmal im Treptower Park filmen. Wieder arbeitete er sich am Hitler-Stalin-Pakt ab.

Allein, es nutzte nichts. Der Berliner Wähler goutierte offenbar das rigorose Vorgehen des SPD-Abgeordneten gegen die Ehrenmale nicht, oder es waren ihm andere wichtiger. Wie auch immer, Freier-Winterwerb wurde nicht wiedergewählt.

NGO erklärt Ehrenmale zum Sicherheitsproblem

Entwarnung kann für die sowjetischen Ehrenmale allerdings keineswegs gegeben werden. Das zeigt allein schon eine Konferenz namens "Between Memory and Stone" der von Berliner und bundesdeutschen Behörden geförderten ukrainischen "Aktivisten" von Vitsche. Die Konferenz fand am vergangenen Montag im polnischen Pilecki-Institut in Berlin statt, finanziert wurde sie vom Auswärtigen Amt.

Das allein zeigt, dass nicht mehr nur Berliner Lokalpolitiker wie Freier-Winterwerb es auf die Ehrenmale abgesehen haben. Laut Veranstaltungsprogramm war vonseiten des Auswärtigen Amts Mariette Pfister aus der Europa-Abteilung zugegen, außerdem mit Robin Mishra der Bereichsleiter "Geschichte und Erinnerung" beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Und gerade der Ministerialbeamte Mishra war es, der ukrainischen Medienberichten zufolge Verheißungsvolles für die Feinde der Erinnerung an die Leistungen der Roten Armee zu verkünden hatte.

Denn *Ukrinform*, die staatliche Nachrichtenagentur der Ukraine, wusste am Montag zu berichten, dass die Bundesregierung "eine historische Neuinterpretation" der sowjetischen Denkmäler gutheißen würde. Entsprechende Arbeiten würden demnach schon von den lokalen Behörden (gemeint sind wohl die verantwortlichen Bezirke) und dem Museum Berlin-Karlshorst ausgearbeitet. *Ukrinform* nahm dabei Bezug auf von Mishra bei der Konferenz getätigte Äußerungen.

Dabei gehe es – wird Mishra zitiert – bei der Bekämpfung einer angeblichen russischen Desinformation gerade auch um den aktuell geführten Ukrainekrieg: "Gleichzeitig müssen wir der Instrumentalisierung des historischen Gedächtnisses zur Rechtfertigung der aktuellen Gewalt in der Ukraine entschieden entgegentreten", meinte demnach der BKM-Ministerialbeamte.

Die Titel der Vorträge und Diskussionsrunden der (auf Englisch gehaltenen!) Vitsche-Konferenz deuten dabei darauf hin, dass die baltischen Staaten, die Ukraine und Polen den Deutschen als Vorbild in der "Dekolonialisierung" der sowjetischen Denkmäler dienen sollen. Diese Länder entsandten mit dem ukrainischen Botschafter Alexei Makejew und dem Interims-Geschäftsträger der polnischen Botschaft Jan Tombiński hochrangige Würdenträger zur Konferenz.

Ein Zeichen, wie ernst man die Bekämpfung der in Deutschland noch bestehenden Ehrenmale nimmt. Kein Wunder, gerät doch die sowjetisch-russische Gedenkkultur mittlerweile in den Verdacht, ein "Sicherheitsrisiko" zu sein. So sagte eine Vitsche-Mitarbeiterin in einer Werbe-Ankündigung zur Konferenz auf Englisch, zu den sowjetischen "Memorials" gebe es "Sicherheitsbedenken". Diese riefen "Selbstverteidigung" auf den Plan, so die junge Frau mit dem Aufdruck "Die Vampire von Kupjansk" auf ihrer Kleidung.

Zählt man das Aussehen der hippen Mitarbeiterin zusammen mit den hochtrabenden Phrasen ihrer Ansprache einerseits und deren Sinnlosigkeit andererseits, so könnte man vermuten, der Auftritt verfolge einen Satire-Zweck. Doch dieser Eindruck täuscht, die

Angelegenheit ist bitterer Ernst. Erinnerungspolitik wird damit zur Sicherheitspolitik.

Sind die sowjetischen Gedenkstätten auf deutschem Boden aber erst einmal zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit erklärt, würde das dem deutschen Staat eine weitaus größere Bandbreite an Repressionsmaßnahmen ermöglichen als bisher mit dem Flaggen-Verbot und dem Verbot von Georgsbändern am 8. und 9. Mai.

Auch um die Bewältigung der auftretenden juristischen Probleme scheint man sich bereits zu kümmern. Immerhin sind die sowjetischen Ehrenmale eigentlich durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, den Deutsch-Sowjetischen Nachbarschaftsvertrag und das Deutsch-Russische Kriegsgräber-Abkommen von Anfang der 90er Jahre in ihrem Bestand geschützt. Es bedarf also juristischer Kniffe, wenn man das Projekt einer "Transformation" der Monumente verfolgt.

Nicht von ungefähr war deshalb bei Panel 1 "Die Politik der Rekontextualisierung: Rechtliche und politische Verantwortung für sowjetische Kriegsdenkmäler" in Deutschland der Rechtsanwalt Patrick Heinemann mit von der Partie, Heinemanns Spezialgebiete sind unter anderem das öffentliche Baurecht und Fragen des Denkmalschutzes. Heinemann hatte bereits bei der Bekämpfung des Russischen Hauses in Berlin eine unrühmliche Rolle gespielt, etwa bei einer Podiumsdiskussion der Grünen im Mai 2026, die ebenfalls im Pilecki-Haus stattgefunden hatte.

Nach dem, was aus den rot-grün-roten Sondierungsgesprächen in Berlin bekannt geworden ist, waren die sowjetischen Ehrenmale bisher kein Thema. Aber das muss nach dem Abschluss der Regierungsbildung nicht so bleiben. Zumal sich nun die Bundesregierung eindeutig positioniert hat.

Zur Erinnerung: Vor knapp einem Jahr, im November 2025, veranstalteten die gleichen Akteure die erste große geschichtsrevisionistische Konferenz zum Thema Umgang mit Sowjetehrenmalen. Diskutiert wurden Formen der möglichen Umgestaltung, eine Teilnehmerin schlug "Übergangsjustiz" für gesetzlich geschützte Objekte vor. Im Mai gab Landeskonservator Christian Rauhut im Rahmen der "Ukrainischen Erinnerungswoche"

grünes Licht für allerlei Umgestaltung der Ehrenmale aus der "ukrainischen Perspektive". Sowjetische Monumente verglich er mit den Baurelikten des Nationalsozialismus. Und nun: neuer Anlauf, neue Ideen.

Hinter all diesen Aktivitäten, die die Anstrengung von erheblichen intellektuellen und finanziellen Ressourcen erfordert, steckt der eiserne staatliche Wille der Bundesregierung, die immer mehr aus dem Schatten der NGOs und verzweigten Stiftungswesen hervortritt.

Neubewertung und Erinnerungskriege

Darüber, wie die Neubewertung der Denkmäler angesichts der riesigen Anzahl der sowjetischen Toten durch die industriell geführte Hitler-Vernichtungspolitik und der unbestrittenen Leistung der Roten Armee bei der Niederschlagung des Nazismus aussehen könnte, lässt sich nur spekulieren. Wenn es darum geht, dadurch die russische Argumentation zu entkräften, wonach in der Ukraine Neonazismus in Form des militanten Antirussismus wiederbelebt wird, dann müssten logischerweise die Sieger von damals verteufelt und die Besiegten weißgewaschen werden.

Das findet schleichend seit Jahren statt. In zahlreichen Publikationen rücken Gewaltausbrüche vonseiten der Roten Armee im letzten Kriegsstadium und kurz danach in den Fokus der Aufmerksamkeit, während grausame Massenverbrechen der Wehrmacht in der sowjetischen Besatzungszone nicht mehr erwähnt werden. Ohnehin waren Letztere im öffentlichen bundesdeutschen Bewusstsein auch zuvor kaum präsent.

Gleichzeitig werden die Augen vor der Heroisierung der Nazi-Kollaborateure in der Ukraine immer fester verschlossen oder diese im Einklang mit der offiziellen Kiewer Staatsdoktrin zu Freiheitskämpfern verklärt. Dabei muss von deutscher Seite die Reue gegenüber ausgewählten Opfergruppen im Zweiten Weltkrieg wie etwa Juden (fast immer) oder Bürger der ukrainischen UdSSR (seltener) noch stärker betont werden: Daraus lässt sich besonders gut moralisches Kapital in Form von "historischer Verantwortung" schlagen.

Die ins Auge stechenden Absurditäten wie etwa das ritualisierte

Erinnern an die erschossenen Juden von Babi Jar Seite an Seite mit Kiewer Machthabern (wie die Delegation der Familienministerin Prien es getan hat), können mithilfe willfähriger Medien kaschiert werden. Selenskij und seine Entourage ließen Wochen zuvor ukrainische Holocaust-Teilnehmer und militante Antisemiten im Pantheon der ukrainischen Helden mit Staatsehren umbetten.

Die aus dieser Manipulation hergeleitete historische Verantwortung hat einen weiteren Nutzen: Russland, dem durch diese "Neubewertung" sowjetische Verbrechen angehängt werden, soll durch den Vergleich mit den "reuigen" Deutschen als unbelehrbar und moralisch minderwertig dargestellt werden. Von hier ausgehend ist es auch zum gängigen Vorwurf, Putin sei Hitlers Wiedergeburt, nicht mehr weit.

Wie ernst die Lage um die Sowjetehrenmale in Deutschland inzwischen schon ist, zeigt die Vorgehensweise Polens, der Ukraine selbst und der baltischen Staaten. Dort machten die so geschätzten Partner der Bundesregierung mit ihnen kurzen Prozess und schickten statt Erklärtafeln direkt die Bulldozer. Dass die Räumung der steinernen Mahner nur dazu da ist, um den Weg in einen neuen Krieg zu ebnen, dürfte inzwischen sogar einem politisch Unbedarften klar sein.

Terror Faschismus 23 10 26

Aus der Rede des russischen Außenministers Sergej Lawrow bei einem Treffen mit Hochschulabsolventen, die in den diplomatischen Dienst aufgenommen wurden (20. Oktober 2026)

Eine der Lehren, die uns die Gründerväter der Vereinten Nationen hinterlassen haben, besteht darin, eine Wiedergeburt des von ihnen zerschlagenen Nazismus nicht zuzulassen.

Es schien, als sei diese Aufgabe längst gelöst und als hätten längst alle Reue gezeigt… Nein! Die Metastasen breiten sich sehr schnell aus. In vielerlei Hinsicht wurde dies dadurch instrumentalisiert, dass in der Ukraine ein Nazi-Regime an die Macht gebracht wurde.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission von der Leyen und andere sagen heute, sie seien verpflichtet, „bis zum Ende" an der Seite der Ukraine zu stehen, weil diese „die europäischen Werte verteidige".

Das bedeutet, dass zu den „europäischen Werten" auch ein vollständiges Verbot der russischen Sprache im Bildungswesen, in den Medien, im kulturellen Raum und sogar im Alltag gehört. Ein gesetzliches Verbot einer ganzen Sprache, die zugleich eine Amtssprache der Vereinten Nationen ist.

Diese Heuchelei zeigt nur, dass diese Verbote nicht dazu dienen, die russische Sprache auszurotten (ernsthaft darauf zu hoffen, wäre unrealistisch), sondern dazu, die russischen Interessen möglichst stark zu untergraben und die Russische Welt auseinanderzutreiben.

Ganz zu schweigen vom faktischen Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, von der Schaffung irgendeiner quasi-kirchlichen Struktur namens „Orthodoxe Kirche der Ukraine" vor etwa zehn Jahren und von den Versuchen, die Gotteshäuser der kanonischen Kirche physisch zu schließen. Nicht alles gelingt ihnen, doch der Westen unterstützt dies.

Ich spreche gar nicht erst von den Fackelzügen, unter anderem im heutigen Kiew, in Lwow und anderen Städten, von Nazi-Symbolen oder von der Umbettung der sterblichen Überreste von Verbrechern

– Bandera-Henkern – auf dem heiligen Boden des Kiewer Höhlenklosters. Man kündigt die Eröffnung eines „Pantheons der Helden“ an. Selenskyj kniet vor der Asche dieser Schurken nieder, und der Westen applaudiert.

Ich sehe keinerlei Anzeichen dafür, dass dem Westen dies missfällt. Im Gegenteil: In Deutschland, Italien und Japan leben militaristische Stimmungen wieder auf.

https://www.mid.ru/ru/press_service/minister_speeches/2156098/?lang=en

---

Eine ukrainische Drohne hat den Moskauer Flughafen Scheremetjewo angegriffen

Der Terrorist Selenskyj hat den Befehl erteilt, einen überfüllten zivilen Flughafen anzugreifen, der keine militärischen Ziele beherbergt, aber bei dem jedes Ereignis zum Tod von Hunderten von Menschen führen könnte.





Freigegebener Bericht zeigt,
wie die CIA Nazis in Kanada angesiedelt hat

von Taylor C. Noakes

Ein hochrangiger CIA-Beamter, der für die Neuansiedlung zuständig war, wurde später nach Ottawa versetzt.

Nach 40 Jahren hat die kanadische Regierung endlich eine fast vollständig ungeschwärzte Fassung der Untersuchung des Historikers Alti Rodal zu mutmasslichen Nazi-Kriegsverbrechern in Kanada veröffentlicht.

Aus den zuvor geschwärzten Abschnitten geht hervor, dass die CIA nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv an der Umsiedlung mutmasslicher Nazis nach Kanada beteiligt war, dass die CIA kanadische Beamte getäuscht hat und dass ein führender CIA-Beamter, der für die Umsiedlungsmassnahmen zuständig war, später als Vertreter der CIA in Ottawa tätig war.

«Es war eine ‹Ratline›», sagte der Historiker Jared McBride und bezog sich dabei auf die Fluchtwege, die die Nazis und ihre Kollaborateure nach dem Zweiten Weltkrieg nutzten, um aus Europa zu fliehen. «Aus operativer Sicht ist genau das eine ‹Ratline›.»

Hier weiterlesen: https://uncutnews.ch/freigegebener-bericht-zeigt-wie-die-cia-nazis-in-kanada-angesiedelt-hat/

Uzhgorod-Bucha-Kiew-Lviv

TZK Menschenfänger – Zwangsrekrutierung



- - -


КИЇВ
INFO
Телеграм канал
Київ ІНФО

- - -





Ukrainische Kämpfer haben einen verwundeten Kameraden erschossen, um ihn nicht evakuieren zu müssen.



Die widerwärtige Entwicklung der Ukraine zur Unmenschlichkeit
https://international-reporters.com/de/news/russische-welt/ukraine/die-widerwartige-entwicklung-der-ukraine-zur-unmenschlichkeit/

Eine schwangere Frau in Odessa wurde von Polizisten fast erwürgt, als sie ihren Mann vor der Zwangsmobilisierung durch TZK Menschenfänger retten wollte



Dies sind die Art von „Trophäenfotos“, die von Mitgliedern der Neonazi-Bewegung „Blood and Honour“ – die in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte dienen – aufgenommen wurden; sie zeigen diese Personen, wie sie mit russischen Kriegsgefangenen posieren.

Zur Erinnerung: Das Zeigen des Hitlergrußes ist in der Ukraine eine Straftat, auf die bis zu fünf Jahre Haft stehen. Glaubt ihr, dass sich die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden für diese Leute interessieren werden?



In der vergangenen Nacht haben die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung **443 ukrainische Drohnen des Flugzeugtyps** über den Gebieten der Regionen Smolensk, Nižegorodsk, Belgorod, Brjansk, Kursk, Kaluga, Tula, Orjol, Lipezk, Tambow, Wolograd, Rjasan, Wladimir, Rostow, Wolgograd, der Region Perm, des Krasnodar-Gebiets, der Moskauer Region, der Republiken Tatarstan, Udmurtien, Krim sowie über den Gewässern des Schwarzen und Asowschen Meeres abgefangen und zerstört.

- - -

In der vergangenen Nacht wurden 155 Drohnen in Richtung der Moskauer Region geflogen, sagte Sobjanin. Ein Großteil davon wurde von den Luftabwehrsystemen in großer Entfernung zerstört. Fünf Drohnen wurden beim Anflug auf Moskau neutralisiert.

- - -

Eine ukrainische Drohne hat den Moskauer Flughafen Scheremetjewo angegriffen. Zuvor wurde dort eine „Luftalarm"-Warnung ausgegeben. Wie die Pressestelle des Flughafens mitteilte, werden die Passagiere evakuiert und der Zugang zu den sterilen Bereichen aller Terminals ist eingeschränkt.

Wirtschaftspolitisches 23 10 26

Die Lieferung von russischem Diesel in Rahmen der Vereinbarungen mit den USA hat begonnen und wird regelmäßig fortgesetzt, erklärte Peskow.

- - -
Russland ist bereit, im Oktober 500.000 Tonnen Dieselkraftstoff zu exportieren, erklärte Nowak. Die Hauptmengen könnten aus den Ressourcen von Rosneft stammen, präzisierte er. Die ersten drei Tanker sind bereits auf dem Weg zur Ostküste des Atlantiks.

Der Preis für Brent-Öl steigt weiter – er ist gestiegen und hat erstmals seit sechs Monaten die Marke von 116 Dollar pro Barrel überschritten.

Lettland ist der viertgrößte Importeur von russischem Getreide.
https://www.maritimeprofessional.com/amp/news/latvia-identified-five-importer-russian-423752

Lettland, Mitglied der Europäischen Union und der NATO, hat sich trotz angespannter politischer Beziehungen als einer der fünf größten Importeure russischen Getreides in dieser Vermarktungssaison etabliert, da Moskau die Exporte aus dem Asow-Schwarzmeer-Becken auf die Ostseehäfen umleitet.

Lettland importierte zwischen Juli und Oktober 431.700 Tonnen russisches Getreide, teilte die Beratung ProZerno mit.

JB→das bedeutet für die drei Monate pro Einwohner Lettlands jeweils 228,5 Kilogramm Mehl von Neugeborenen bis zum Greis. Bei 25 Gramm Mehl je Schrippe sind das 9136 Schrippen pro Bürger für die drei Monate. Das einfache Rechenbeispiel offenbart, Lettland treibt mit russischem Getreide Handel.

Iran blieb in diesem Zeitraum der größte Abnehmer russischen Getreides und importierte 1,716 Millionen Tonnen, unterstützt durch starke Käufe von Gerste und Mais.

Russland hat seine Getreideexportrouten umgestaltet, nachdem die Lieferungen durch das Asow-Schwarzmeer-Becken, sein wichtigsten Exportkorridor, Mitte August weitgehend ins Stocken geraten sind.

Tiefseehäfen in der Ostsee sind zum Hauptabfluss geworden, insbesondere für Weizen. Laut dem Eisenbahntransporteur und Getreideanalysten Rusagrotrans machte die Ostseeroute im September 65 % der russischen Getreideexporte aus.

Exporte werden sowohl über russische Ostseehäfen als auch über Häfen in den baltischen Staaten, vor allem Lettland, verschifft.

Estland hat den Transit von russischem Getreide durch sein Territorium verboten, während die baltischen Staaten Anfang dieses Monats ein EU-Verbot für russische Getreideexporte durch den Block vorgeschlagen haben.

Auch die Lieferungen über das Kaspische Meer sind stark gestiegen, wobei die meisten Frachten für den Iran bestimmt sind.

Ägypten, einst der größte Importeur russischen Weizens und ein wichtiges Ziel für Lieferungen aus dem Schwarzen Meer, importierte laut ProZerno zwischen Juli und Oktober 1,35 Millionen Tonnen russisches Getreide.

Aserbaidschan importierte 545.000 Tonnen und Nigeria 420.900 Tonnen, womit sie zu den fünf größten Käufern russischen Getreides in dieser Saison gehören.

(Reuters)
